



Jahresbericht 2010

BUND Niedersachsen

Liebe Leserinnen und Leser,

wir haben in diesem Jahresbericht auf die geschlechterdifferenzierte Schreibweise verzichtet, um etwas mehr Platz für Inhalte zu gewinnen und den Lesefluss zu verbessern. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis und wünschen viel Freude bei der Lektüre. Sie können diesen Jahresbericht – wie auch alle Jahresberichte seit 2007 – auch aus dem Internet herunterladen unter: www.bund-niedersachsen.de

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
liebe Freundinnen und Freunde der Erde,

wir blicken mit diesem Jahresbericht 2010 zurück auf ein bewegtes Jahr: Der Beschluss der schwarz-gelben Bundesregierung, die Laufzeiten der Kernkraftwerke zu verlängern, hat das vergangene Jahr zu einem Jahr der Antiatomkraft-Bewegung werden lassen. Tausende von Menschen trugen ihren Protest auf die Straße – viele davon zum ersten Mal in ihrem Leben. In die Menschenkette gegen Atomkraft im April, die der BUND mit organisiert hatte, reihten sich 120.000 Menschen ein, 100.000 umzingelten im Herbst das Regierungsviertel in Berlin, und auch gegen den Castor-Transport protestierten im Wendland so viele Menschen wie nie zuvor. Der BUND Niedersachsen hat für all diese Aktionen mobilisiert, viele niedersächsische Kreisgruppen organisierten Busse und fuhren zu den Demonstrationen.

2010 ahnte niemand, dass nur wenige Monate später die schreckliche und bestürzende Katastrophe in Japan alle Befürchtungen der Atomkraftgegner erneut wahr werden lassen würde. Unser Mitgefühl gilt in diesen Tagen im Frühjahr 2011 den Tausenden von Opfern. Die Reaktorkatastrophe in Fukushima mahnt uns, noch stärker als bisher für unsere klare Position zur Atomkraft einzutreten: Atomkraft – nein danke!

Das Jahr 2010 war auch das „Internationale Jahr der Biodiversität“. Deshalb hat der BUND im vergangenen Jahr erneut viele Aktionen, Kampagnen und Projekte organisiert und begleitet, die dem Erhalt der Artenvielfalt dienen. Landesverband und Kreisgruppen zeigten mit zahlreichen vorbildlichen Projekten, wie es gelingen kann, den Artenschwund zu stoppen. Sie haben sich unter anderem wieder für den Schutz der Wildkatze eingesetzt, für den Erhalt von Streuobstwiesen und Feuchtgrünland oder aber für naturnahe Gärten. In fast allen Fällen stand die Erhaltung von Lebensräumen seltener Tier- und Pflanzenarten im Mittelpunkt, die durch menschliche Eingriffe zunehmend verloren gehen.

Während Sie diesen Jahresbericht über die Arbeit des BUND Landesverband Niedersachsen 2010 in den Händen halten, feiert der BUND Niedersachsen sein 50-jähriges Jubiläum! 1961 wurde der „Bund für Naturschutz und Landschaftspflege in Niedersachsen e.V.“ gegründet, der Vorläufer des heutigen BUND Niedersachsen. Schon damals stand die Erhaltung von Lebensräumen im Mittelpunkt, es ging vornehmlich um den Schutz der Moore wie dem Bissendorfer Moor bei Hannover.

Was den BUND in den vergangenen fünf Jahrzehnten immer ausgezeichnet hat, ist das intensive Engagement für eine umweltfreundliche und lebenswerte Zukunft für Natur und Mensch. Dabei hat der BUND immer Wert darauf gelegt, dass



klare fachliche Positionen und Grundlagen die Basis für eine politische Auseinandersetzung bleiben. Welcher Couleur eine Landesregierung in Niedersachsen auch immer war, sie konnte mit einer kritischen Begleitung ihrer Politik rechnen, zugleich aber auch immer konstruktive Vorschläge für alternative Wege erwarten.

Viele Themen der letzten 50 Jahre begleiten den BUND bis heute: Flussausbau und Industrialisierung an Elbe, Weser und Ems; Atomenergie und die ungelöste Endlagerfrage; Naturschutz vom Schutz erster Gebiete bis zum kohärenten Netz der EU mit allen Widerständen aus Politik und Wirtschaft; regenerative Energie von der Idee zur Strategie bis zur Realisierung mit allen Widerständen und internen Widersprüchen innerhalb des Naturschutzes.

Wenn Sie mehr über die Meilensteine der BUND-Arbeit in den vergangenen 50 Jahren erfahren möchten, können Sie dies in der Festschrift zum Jubiläum nachlesen. Sie steht im Internet unter www.bund-niedersachsen.de/50 zum Herunterladen bereit.

Mein herzlicher Dank für die 2010 geleistete Arbeit für Umwelt und Natur geht an die ehrenamtlich Aktiven in den Kreis- und Ortsgruppen, im Vorstand, Wissenschaftlichen Beirat und in den Arbeitskreisen sowie an die engagierten Kolleginnen und Kollegen in der Landesgeschäftsstelle und in den Projekten und Einrichtungen landesweit.

Heiner Baumgarten
Landesvorsitzender

Inhalt

■ Agenda 2010	5
■ Atomkraft	6
■ Artenschutz	10
■ Streuobstwiesen	14
■ Landwirtschaft	15
■ Wattenmeer	17
■ Flüsse	20
■ Verkehr	22
■ Anwalt der Natur	24
■ Verbandsleben	26
■ Einrichtungen	32
■ Stiftung Naturlandschaft	35
■ BUNDjugend	36
■ Bildnachweis	38
■ Impressum	39

Schlaglichter: Agenda 2010



Liebe Freundinnen und Freunde des BUND, 2011 feiern wir ein halbes Jahrhundert BUND Landesverband Niedersachsen. Dies ist wirklich ein Anlass zum Feiern! Feiern – das heißt die Freude am Erfolg – kommt nämlich oft zu kurz. Denn wir sehen die nächsten großen Aufgaben ja immer schon vor uns. Wir arbeiten im BUND, weil unser Ziel eine bessere, eine schönere, eine lebens- und liebenswertere Welt ist, zu der auch die Freude am Leben gehört. Auch 2010 haben wir hart daran gearbeitet, diesem Ziel näher zu kommen.

Weser-Ems und Elbe – überall dasselbe

Wir können unsere Arbeit als Umwelt- und Naturschutzverband nur dann zielgerichtet voranbringen, wenn wir unseren Handlungsoptionen eine grundsätzliche Systemkritik vorschalten: Die Politik beklagt derzeit Haushaltsdefizite und nennt die Haushaltskonsolidierung unter anderem als Grund für Kahlschläge und Kürzungen. Zeitgleich plant die Bundesregierung neue milliardenteure Straßen und will Hunderte Millionen Euro in Flussvertiefungen und -ausbauten investieren, ohne die Fakten zu berücksichtigen: Auf der Mittleren Elbe gibt es keinen nennenswerten Schiffsverkehr, ein Elbeseitenkanal ist vorhanden, schon heute muss kein Schiff nach Bremen wegen Tideabhängigkeit warten, auch der Hamburger Hafen ist für alle großen Schiffe schon heute erreichbar, und nicht zu vergessen: Die Investition von mehr als 300 Millionen Euro für einen völlig neuen Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven wurde damit begründet, dass dort die großen Schiffe anlanden sollten. Aus diesem Grund hat der BUND Niedersachsen sich 2010 gegen weitere Flussvertiefungen stark gemacht.

Atom

Es musste erst die schreckliche Katastrophe von Fukushima geschehen, um in

der Politik ein Umdenken zu bewirken. 2010 noch mussten wir bitter erleben, dass unsere politische Führung, die mit den Problemen in der Asse und in Morsleben den behördlichen Aufsichts-GAU produziert hat, unbeirrt den großen Stromkonzernen die Atomlaufzeiten verlängerte und somit erlaubte, weiteren Abfall ohne Endlagernachweis zu produzieren. Der BUND hat deswegen 2010 viele Demonstrationen mit organisiert und Menschen mobilisiert: Im April reiheten sich 120.000 in eine Menschenkette gegen Atomkraft, im September zogen 100.000 durchs Regierungsviertel in Berlin, und um gegen den Castor zu protestieren, kamen im November 50.000 nach Dannenberg.

Naturschutz an der Elbe

Im Frühjahr 2010 wurde nach Schlitzung des Altdeichs das 420 Hektar große Rückdeichungsgebiet bei Lenzen zum ersten Mal von der Elbe wieder in Besitz genommen. Die Vogelwelt hat dieses Juwel der Natur innerhalb kürzester Zeit angenommen.

Auf der BUND-Burg Lenzen fanden im Herbst zum vierten Mal die Norddeutschen Naturschutztage statt mit zahlreichen Teilnehmern, denen mit Vorträgen, Diskussionen und Exkursionen ein spannendes Programm geboten wurde. Kurze Zeit später besuchten zahlreiche Vertreter der rund 40 Kreisgruppen des BUND Niedersachsen die Burg und nahmen an einem informativen und anregenden Workshop-Wochenende teil.

Neue Ausstellung im Nationalpark-Haus Dornumersiel

Im Oktober 2010 nahm das Nationalpark-Haus Dornumersiel (Leitung Uilke van der Meer) nach einer einjährigen Umbau- und Renovierungsphase seinen Betrieb wieder auf und zeigt nun eine neue, sehr gute Ausstellung. Die offizielle Einweihung fand im Beisein von Landtagspräsident Hermann Dinkla statt.

Agrarpolitik

Niedersachsen ist Agrarland Nummer 1. Das merkt man, leider, in vielen Landstrichen seit Jahren olfaktorisch deutlich, in einigen Landesteilen dominiert der Energie-Maisanbau inzwischen dermaßen, dass die Bevölkerung sich dagegen wehrt. Der Konzentrationsprozess in der Landwirtschaft führt zu immer neuen Problemen in der so genannten „Fleischproduktion“. Da einige Landkreise bereits von Mastanlagen übervoll sind, weicht die Agrarindustrie in noch unbelastete

Landkreise aus und wird dazu aus den knappen Haushaltsmitteln des Landes mit Millionen subventioniert (Schlachthof bei Wietze). Mehr als 60 Prozent unserer Grundwasserlager sind bereits zu hoch mit Nitraten belastet. Gülledepotierung aus den neuen Mastställen auf immer neuen Flächen wird dieses Problem weiter verschärfen. Und die Fleischexporte aus unserer Überproduktion zerstören die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Ländern der Dritten Welt.

Der niedersächsische Wald

Die Forstwirtschaft hat – auch vor dem Hintergrund politischer Forderungen um ausgeglichene Kostendeckung – einen Intensivierungsgrad erreicht, der mit dem Bild einer schonenden, nachhaltigen Waldwirtschaft nicht mehr übereinstimmt. Man sieht die tiefen Spuren der Bewirtschaftung in unseren Wäldern. Der BUND setzt sich deshalb für eine nachhaltige Waldwirtschaft ein.

Unsere Arbeit braucht Unterstützung

Mitgliedsbeiträge und Spenden bilden das Rückgrat unserer Einnahmen. Wir bemühen uns, mit möglichst geringem Verwaltungsaufwand die Infrastruktur für unsere Arbeit zu sichern. Der Erfolg der Arbeit liegt in der vielfältigen, ehren- und hauptamtlichen Arbeit auf allen Ebenen des Verbandes, im großen Einsatz aller Mitarbeiter in der Projektarbeit und bei den Dienstleistungen gegenüber den Mitgliedern und Spendern, beispielsweise bei der Bearbeitung zahlreicher Nachfragen und bei der fachlichen Unterstützung von lokalen und regionalen Anliegen. Ich möchte mich ausdrücklich bei allen Spenderinnen und Spendern bedanken, die unsere Arbeit durch ihre Spenden tatkräftig unterstützt haben!

Danke!

Zum Schluss gilt mein besonderer Dank allen Ehrenamtlichen, die seit Jahren in Vorstand, Beirat, Arbeitskreisen und in Regional-, Kreis- und Ortsgruppen vielfältig an all den Themen arbeiten und an deren Profilierung in der Politik und dem gesellschaftlichem Umfeld mitwirken. Den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im BUND Niedersachsen, den Kolleginnen und Kollegen in der Landesgeschäftsstelle, danke ich für ihre mit Begeisterung und enormem Einsatz geleistete Arbeit.

Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler
Landesgeschäftsführer

2010, das Jahr der Renaissance der Anti-Atomkraft-Bewegung

Das Jahr 2010 stand vor allem im Zeichen des Kampfes gegen die Verlängerung der Atomkraftwerk-Laufzeiten. Hunderttausende von Menschen gingen unter anderem in Norddeutschland, in Berlin und in Dannenberg auf die Straße, um

zu demonstrieren: Gegen das Energiekonzept der Bundesregierung, gegen den Castor-Transport, gegen die weitere Erkundung von Gorleben. Der BUND Niedersachsen hat viele Menschen mobilisiert, und zahlreiche niedersächsi-

sche BUND-Kreisgruppen haben sogar selbst Busse organisiert. Renate Backhaus, Vorstandsmitglied des BUND Niedersachsen und atompolitische Sprecherin, schildert ihre persönlichen Eindrücke des Anti-Atomkraft-Jahres 2010.

AKW-Laufzeitverlängerung bedeutet Risiko-Verlängerung für die Menschen

2010 war nicht – wie von der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP vorausgesagt – ein Jahr der Renaissance der Atomenergie. Es war vielmehr das Jahr der Renaissance der Anti-Atom-Bewegung. Aber der Reihe nach: Der BUND hatte zusammen mit anderen Verbänden beschlossen, den Protest gegen die von der Bundesregierung beschlossene Atompolitik wieder auf die Straße zu tragen. Im April sollte es eine Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel geben. In einer großartigen logistischen Leistung organisierte der BUND gemeinsam mit anderen Verbänden und Organisationen Hunderte von Bussen, plante Fahrradtouren, informierte über Mitfahrgelegenheiten. 100.000 Menschen sollten nach Norddeutschland kommen – wir haben es geschafft, sie zu mobilisieren. Am 24. April

reichten sich sogar 120.000 Menschen in die Menschenkette ein – Menschen jeden Alters, Demonstranten, die schon oft protestiert haben, standen neben Menschen, die zum ersten Mal auf die Straße gingen. Allen war eines gemein: Sie demonstrierten friedlich, gewaltfrei und sehr engagiert.

Einige von uns – wie auch der BUND – forderten den Sofortausstieg aus der so genannten friedlichen Nutzung der Atomenergie. Andere wollten, dass wenigstens die von Rot-Grün beschlossenen Laufzeiten eingehalten werden. Insbesondere die Menschen, die in der Menschenkette nahe am AKW Krümmel standen, machten deutlich, dass allein die ungeklärten Leukämiefälle rund um dieses Atomkraftwerk eines der zwingenden Argumente gegen die Laufzeitverlängerung sind.

Das mögliche Absaufen der Asse war gerade publik geworden, doch trotzdem plante die Bundesregierung im vergangenen Jahr, den Salzstock in Gorleben weiter untersuchen zu lassen. Doch nicht etwa mit größtmöglicher Transparenz, unter Begleitung von kritischen Wissenschaftlern und der Bevölkerung, sollte in Gorleben weitergeforscht werden. Nein, Gorleben soll nach altem Bergrecht und ohne Öffentlichkeitsbeteiligung endlagerfähig gemacht werden. Im März 2010 wurde der Untersuchungsausschuss Gorleben eingerichtet. Das Gremium soll die Umstände klären, unter denen die Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl im Jahr 1983 entschieden hatte, nur den Salzstock im niedersächsischen Gorleben auf eine Eignung für die Endlagerung von Atommüll zu prüfen.

Am 4. Juni 2010 war der 30. Jahrestag der Räumung des Hüttendorfes der Freien Republik Wendland. Ein Hüttendorf, das gebaut worden war, um sich den Probebohrungen in den Salzstock Gorleben in den Weg zu stellen. Es wurde damals gewaltsam von Polizei und BGS ge-

räumt. Seit 30 Jahren gibt es schon den Widerstand im Wendland, seit 30 Jahren hat keine Regierung es verstanden, aus diesem Protest Lehren zu ziehen.

Aber 2010 zeigte sich, dass der Protest gegen eine riskante Energieversorgung weit über das Wendland hinausgeht. 100.000 Menschen umzingelten am 18. September das Regierungsviertel in Berlin. Auch der Landesverband Niedersachsen hatte zu der Demo aufgerufen. Schließlich sind wir Niedersachsen besonders von den in Berlin gefällten Beschlüssen betroffen: Wir leben in der Nähe von fünf Atomkraftwerken und vier Atommüll-Lagern: Schacht Konrad für schwach- und mittelradioaktive Abfälle, die Asse, das geplante Endlager für hochradioaktiven Abfall in Gorleben, und das inzwischen stillgelegte „Endlager“ Morsleben in Sachsen-Anhalt liegt ganz nah an der Landesgrenze zu Niedersachsen.

Wohin mit 21.600 Tonnen Atommüll?

Für die drei niedersächsischen Atomkraftwerke waren bis zur Katastrophe von Fukushima folgende Laufzeitenverlängerungen geplant: AKW Unterweser im Landkreis Wesermarsch von bisher 2012 auf 2020; das AKW Grohnde soll nicht bis 2018, sondern bis 2032 am Netz bleiben, und das AKW Emsland in Lingen soll nicht bis 2020, sondern bis 2043 laufen. Durch diese Laufzeitverlängerungen fallen nach Berechnungen des Bundesamts für Strahlenschutz statt 17.200 Tonnen Atommüll künftig 21.600 Tonnen an.

Der breite Protest in Berlin hat deutlich gemacht: Die Bevölkerung duldet keine Klientelpolitik für Atomkonzerne auf Kosten ihrer Sicherheit. Jüngere und Ältere, Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Gewerkschafter, Beschäftigte in der Branche der erneuerbaren Energien, Raver und Chöre, Umweltschützer und Angehörige der



Renate Backhaus zeigte bei allen Demonstrationen Flagge gegen Atomkraft. Foto: K. Mayhack/BUND



Um gegen den Castor-Transport im November 2010 zu demonstrieren, kamen mehr Menschen denn je nach Dannenberg.
Foto: M. Radtke/BUND

verschiedenen Parteien protestierten gegen längere Laufzeiten für Atomkraftwerke und für einen schnelleren Ausstieg aus der Atomenergie.

Bei all diesen großen Protesten wurde auch immer wieder deutlich gemacht, dass eine Laufzeitverlängerung kein Beitrag zum Klimaschutz ist. Für einen erfolgreichen Klimaschutz benötigen wir erneuerbare Energie und Kraft-Wärme-Kopplung, bei der die Verlustwärme der Kraftwerke für Hausheizungen oder Industrieprozesse genutzt wird. Von besonderer Bedeutung sind zudem die Risiken durch terroristische und kriegsrische Angriffe. Es geht nicht nur um den Schutz der Atomanlagen vor Flugzeugabstürzen, sondern auch um die Einschleusung von Personal und die Gefahren, die von Handwaffen, Sprengstoff oder Autobomben ausgehen. Jedes Jahr Laufzeitverlängerung verlängert diese Risiken für die Menschen.

Natürlich war eine Großkundgebung wie die in Berlin nicht der Ort, solche Argumente im Einzelnen vorzutragen, aber als Teilnehmerin an dieser Demo hatte ich durchaus den Eindruck, die Menschen wussten, um was es geht.

Im Herbst 2010 erklärte Umweltminister Röttgen dann, dass Gorleben weiter untersucht werden soll. Mit der alleinigen Weitererkundung in Gorleben werden nach unserer Überzeugung aber die Zeit und Chance vertan, bundesweit eine fachlich geeignete Lösung zu finden. Alle bisherigen Versuche, in der Bundesrepublik Endlager zu erkunden oder zu betreiben, welche die geforderte Langzeitsicherheit bieten, sind in Deutschland gescheitert. Daher hält der BUND einen Weiterbetrieb von Atomkraftwerken für nicht vertretbar und fordert einen umgehenden Stopp der Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung.

Im Herbst 2010 wurde ebenfalls das lange angekündigte Energiegutachten der Bundesregierung vorgestellt. Auch wenn Bundeskanzlerin Merkel, Umweltminister Röttgen und Wirtschaftsminister Brüderle mit blumigen Worten von einer Revolution, von erneuerbaren Energien und Effizienz redeten, ging es im Kern nur um eins: die Verlängerung der AKW-Laufzeiten bis über das Jahr 2040 hinaus. Worum es nicht ging: um ein zukunftsfähiges Energiekonzept als Brücke zu erneuerbaren Energien. Denn

diese könnten die Atomkraft deutlich früher ersetzen als geplant. Die Fachleute der Bundesregierung vom Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) und vom Umweltbundesamt forderten eine Richtungsentscheidung gegen die Atomkraft. Die Bundesregierung hat sie einfach ignoriert.

Anders als vorher angekündigt verzichtet die Bundesregierung auf Sicherheitsnachrüstungen für Atomkraftwerke. Je älter die AKW werden, umso mehr häufen sich die Störfälle. Gegen einen Flugzeugabsturz sind die Anlagen gar nicht oder nicht ausreichend geschützt. Und das neue Atomgesetz sieht vor, die alten Anlagen von höheren Sicherheitsanforderungen praktisch auszunehmen. Und es sieht vor, dass es eine Enteignung von Grundstücksbesitzern geben kann, wenn diese sich der Endlagersuche in Gorleben verweigern. Das beträfe insbesondere die Kirche in Lüchow-Dannenberg und Graf Bernstorff aus Gartow.

Da wundert es wenig, dass im November 2010 beim nächsten Castor-Transport ins Zwischenlager Gorleben rund 50.000 Menschen in Dannenberg im Wendland zur größten Anti-Atom-Demo,

die es jemals im Wendland gab, kamen. Ein ganzer Landkreis war sozusagen in den Händen der Demonstranten. Zum ersten Mal hatte auch der BUND zu friedlichen Sitzblockaden aufgerufen. Wir konnten uns dabei mit gutem Gewissen auf das Grundgesetz berufen. Dort ist in Artikel 2 Abs. 2 unser Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit festgeschrieben. Und in Artikel 20a steht: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen.“

Das Jahr 2010 war geprägt von einem Wiedererwachen der Menschen in unserem Land. Stuttgart 21 und die Anti-Atom-Proteste zeigen: Wir lassen uns nicht mehr regieren ohne ausreichend informiert und beteiligt zu werden. Trotz aller negativen Beschlüsse ein guter Ausgang des Jahres 2010.

Der Protest muss weiter gehen: Wir werden spätestens zum 25. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe wieder auf der Straße sein, unübersehbar, unüberhörbar. Tschernobyl darf nicht in Vergessenheit geraten. Denn ein Unfall wie in Tschernobyl am 26. April 1986 kann jederzeit in Deutschland passieren. Die Auswirkungen eines solchen Unfalls wären aber noch gravierender als in der Ukraine, allein schon weil unser Land dichter besiedelt ist.

Eine wichtige Rolle für unsere Energieversorgung könnte die Frage spielen, wie sich die Verbraucher verhalten, wenn es um einen Wechsel des Stromanbieters geht. Wir wollen 2011 zum Jahr des Wechsels machen. Der BUND rät zu Ökostrom-Anbietern, die mit dem Label GrünerStrom (www.gruenerstromlabel.de) ausgezeichnet sind.

Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt längere Laufzeiten für Atomkraftwerke ab. In diesem Jahr werden wir mit Demonstrationen und Aktionen den Druck auf die Politik in Niedersachsen und darüber hinaus weiter erhöhen. Unsere Botschaft an die Bundesregierung lautet: Ihr kommt damit nicht durch! Das gilt in verstärktem Maße auch für die Folgen der Atomkatastrophe in Fukushima. Es reicht nicht, für drei Monate die alten Siedewasser-Reaktoren in Niedersachsen vom Netz zu nehmen, es reicht nicht, für drei Monate die Laufzeitverlängerung auszusetzen. Sicherheit ist nicht in drei Monaten herzustellen, Sicherheit gibt es nur, wenn die Atomkraftwerke abgeschaltet sind.

Renate Backhaus

Ob in Berlin oder in Braunschweig – Kreisgruppen mischten im Kampf gegen Atomkraft mit



Viele BUND-Aktive reihten sich im April 2010 in die Menschenkette gegen Atomkraft in Norddeutschland ein. Foto: K. Meier/BUND

Niemand wusste, wie viele Menschen tatsächlich zu den Demonstrationen in Norddeutschland und Berlin kommen würden, aber auf die BUND-Kreisgruppen war Verlass. Sie mobilisierten in ihren Regionen viele Menschen und organisierten Busse. Unter anderem war die BUND-Kreisgruppe *Osnabrück* bei der Menschenkette und auch in Berlin dabei ebenso die BUND-Aktiven aus *Salzgitter*, die sich mit zwei Bussen am 24. April zur Menschenkette aufmachten. Sie reihten sich Fahnen schwenkend in der Nähe von Brokdorf ein.

Diejenigen, die nicht mitfahren konnten, aber dennoch ihre Ablehnung der Atomkraft signalisieren wollten, konnten das bei der parallel stattfindenden Pflanzenbörse am Waldhaus der Kreisgruppe *Salzgitter* tun.

Viele der mehreren Hundert Besucher nutzten die Gelegenheit und unterzeichneten den Appell: „Kein Atommüll in Schacht Konrad – Atomkraftwerke sofort abschalten – die Asse sicher sanieren – Energiewende sofort einleiten“. Und zahlreiche Karten mit dem angehängten Appell und dem Schriftzug

„Atomausstieg sofort – BUND“ stiegen am Nachmittag mit Luftballons in den Himmel.

Auch aus dem Kreis *Ammerland* machten sich viele BUND-Mitglieder auf, um mitzudemonstrieren. Zusammen mit dem BUND Oldenburg und anderen Bündnispartnern hatte die Kreisgruppe Busse für die Menschenkette, die Demo in Berlin und zu den Castor-Protesten im November organisiert. Allein zu den Castor-Transporten fuhren neun Busse, die der BUND zusammen mit anderen Partnern gemietet hatte.

Die Kreisgruppe organisierte auch vor den Demonstrationen jeweils kleine Aktionen in Oldenburg, um die Menschen dazu zu bringen, mitzufahren. Insbesondere die Menschenkette im April empfanden die BUND-Aktiven der Kreisgruppe als sehr motivierend für ihren weiteren Einsatz. Deshalb wollte die Kreisgruppe noch mehr tun: Sie hat zusammen mit anderen Partnern in Oldenburg Montagsspaziergänge organisiert, zu denen seit Oktober regelmäßig Menschen kommen.

In *Braunschweig* ist die BUND-Kreisgruppe Teil einer großen Anti-Atomkraft-Bewegung. Schließlich liegen die einsturzgefährdete Asse und Schacht Konrad weniger als 10 Kilometer von der Stadtgrenze entfernt. Die Kreisgruppe hat 2010 deshalb zusätzlich mit Partnern eine Menschenkette auf dem Braunschweiger Schlossplatz organisiert.

*Ursula Feldmann, Thomas Ohlendorf,
Susanne Grube, Jürgen Dittmann*

Nichts dazugelernt: Konrad = Asse hoch drei

Die Schachtanlage Asse II gilt heute als eine der größten Altlasten Deutschlands. Der Grund dafür liegt weder im geologischen Aufbau des Asse-Salzsattels noch sind die heutigen Standsicherheitsprobleme des Bergwerks verantwortlich. Das Kernproblem sind die Grundwasser-Zuflüsse von 12 bis 14 Kubikmetern pro Tag. Sie machen es unmöglich, dass radioaktive Abfälle an ihrem derzeitigen Lageplatz dauerhaft trocken lagern können.

Der nicht vermeidbare Kontakt der radioaktiven und toxischen Abfälle mit einem wässrigen Reaktions- und Transportmedium führt zu Metallkorrosion und zum mikrobiellen Abbau organischer Stoffe. Dabei werden Wasserstoff- und Methan-Gase gebildet, und die Schadstoffe geraten in Bewegung. Nach dem Verschluss der Schächte würde es deshalb zu Gasdruck und Konvergenz, das heißt der Verkleinerung von Bergbau-Hohlräumen infolge des Gebirgsdrucks, kommen. Dabei würde das kontaminierte Grubenwasser über die heutige Grundwasser-Zutrittsstelle ins Deckgebirge und in die Biosphäre verdrängt.

Aus diesem Grund hat sich der Betreiber – trotz der desolaten Standsicherheit des Bergwerks und trotz aller Unsicherheiten über das tatsächliche Abfall-Inventar – für die Rückholung der Abfälle aus der Schachtanlage Asse II entschieden. Ob und in welchem Umfang dies gelingen wird, kann heute niemand sagen. Hinzu kommt die latente Gefahr eskalierender Wasserzuflüsse, die zu einem vorzeitigen Abbruch der Sanierung zwingen könnten.

Schacht Konrad: Noch mehr Grundwasser – noch höhere Risiken

Keine 20 Kilometer von der Asse entfernt wird zurzeit bei Salzgitter-Bleckenstedt das rechtskräftig genehmigte Endlager Schacht Konrad vorbereitet, das ursprünglich bereits 2014 in Betrieb gehen sollte. Dort sollen radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung gelagert werden. Die Lagerkammern in dem ehemaligen Eisenerz-Bergwerk Konrad werden im Eisenerz selbst aufgefahren, einem Wirtsgestein, das selbst keine Barrierefunktion erfüllt und dass zudem seine Festigkeit bei Durchfeuchtung verliert.

Die Eisenerzabbau- und Strecken in Schacht Konrad weisen schon heute erhebliche Konvergenzen auf. In Schacht Konrad dringt mit 16,3 Kubikmetern Grundwasser pro Tag sogar mehr ein als



Schacht Konrad in Salzgitter ist genauso ungeeignet für die Lagerung von Atom-müll wie die Asse. Foto: BUND

in die Asse. Nachdem das Endlager stillgelegt wird, würden auch hier die Abfälle schnell und unvermeidbar mit Wasser in Kontakt kommen und durch Auflösung mobilisiert. Gasbildung und Konvergenz würden die Radionuklidlösungen unter Druck setzen und auspressen.

Angesichts der großen Mengen von leicht korrodierbarem Verpackungsblech und im Lichte neuer Erkenntnisse über Korrosionsraten ist offenbar um Größenordnungen unterschätzt worden, wie viel Gas sich in Schacht Konrad bilden könnte. Und die Konvergenz der Untertage-Hohlräume wurde nicht ausreichend beachtet als treibende Kraft für die Ausbreitung kontaminierter Grubenwässer. Als Folge dessen wurde die Druckerhöhung im Endlager durch Gase und Konvergenz stark unterschätzt.

Außerdem wurde nicht beachtet, dass die benachbarten Salzstöcke von Thiede und Broistedt die Tonschichten der Unteren Kreide durchbrochen haben, die jedoch als geologische Barriere dienen sollten. Wahrscheinliche kurze Ausbreitungswege entlang vorhandener Störungen und entlang gestörter Salzstockränder wurden nicht hinreichend untersucht, ebenso wenig die unzähligen Tiefbohrungen im Gifhorner Trog,

einem der wichtigsten Erdölreviere Deutschlands.

Mit der Inbetriebnahme von Schacht Konrad würde der für Endlager verantwortliche Bund die verheerenden Fehler, die zu den beiden Super-Altlasten ERAM (Morsleben) und Asse II geführt haben, nicht nur wiederholen, sondern noch deutlich toppen: Mit Schacht Konrad würde man abermals ein altes Bergwerk in einem ungeeigneten Wirtsgestein zum Endlager machen und den Kontakt der nuklearen Abfälle mit Wasser einschließlich aller Folgewirkungen diesmal wissentlich in Kauf nehmen. Das zugelassene Inventar für Schacht Konrad strahlt mit $5 \cdot 10^{18}$ Becquerel rund 1000fach stärker als das Inventar der Asse und rund 10.000fach stärker als das Inventar im ERAM.

Auch bei der Abfalldeklaration hat der Bund kaum dazu gelernt. Denn nach wie vor gibt es keine Informationen über die chemische Bindungsform der in Fässern und Konrad-Containern einzementierten Radionuklide und ihrer Begleitstoffe, die halbwegs zuverlässige Prognosen über das physikalisch-chemische Verhalten bei Wasserkontakt erlauben könnten.

Dr. Ralph Krupp

Internationales Jahr der Biodiversität: Täglich sterben 130 Arten aus

Die biologische Vielfalt ist Grundlage allen Lebens auf der Erde. Um darauf aufmerksam zu machen, hatten die Vereinten Nationen 2010 zum „Internationalen Jahr der Artenvielfalt“ erklärt, um auf den weltweit drohenden Verlust der biologischen Vielfalt von Tieren und Pflanzen aufmerksam zu machen. Denn die Biodiversität nimmt weltweit stetig ab. Nach Schätzungen sterben täglich 130 Tier- und Pflanzenarten aus. In Deutschland gelten allein mehr als 7.000 Tierarten als gefährdet.

Artensterben gab es zwar schon immer auf der Erde, doch der Mensch trägt die Verantwortung dafür, dass viele Arten nicht auf natürliche Weise aussterben, sondern durch Lebensraumzerstörung, Raubbau oder den Klimawandel. Doch was ist eigentlich Biodiversität? Der Begriff bedeutet biologische Vielfalt. Dazu gehören drei voneinander abhängige Elemente:

- die Vielfalt der Ökosysteme (Lebensräume wie Wasser, Wald)

- die Vielfalt der Arten (Tiere, Pflanzen)
- die Vielfalt der Gene (Rassen oder Sorten von wildlebenden und genutzten Arten).

Die Arten brauchen zum Überleben Ökosysteme mit geeigneten Lebensräumen sowie eine ausreichende genetische Variabilität. Eine gute Vernetzung zwischen Lebensräumen ist wiederum Voraussetzung für das Aufrechterhalten der genetischen Vielfalt.

Viele Menschen fragen sich dennoch: Warum ist der Erhalt der Biodiversität für den Menschen so wichtig? Nicht nur, weil der Mensch eine moralische Verantwortung für die anderen Arten trägt. Wir sind auch wirtschaftlich abhängig, unter anderem von der Ästhetik intakter Lebensräume, zum Beispiel im Tourismus. Lebewesen helfen, tote Pflanzen und Tiere sowie menschliche Schadstoffe und Abfälle abzubauen; Pflanzen entfernen Treibhausgase wie Kohlendioxid aus der Atmosphäre; Auenwälder halten die Spitzen von Hochwasser wirksam zurück; Pflanzen bieten die Basis für Arznei-

stoffe; natürliche Feinde reduzieren Schädlinge; Bienen sind durch ihre Arbeit als Bestäuber bares Geld wert. Die Biodiversität muss daher im Interesse der Menschen erhalten werden.

Die deutsche Politik hat wichtige internationale Artenschutzabkommen unterzeichnet. Doch Abkommen allein helfen nicht, wenn sich Landesregierungen nicht an die darin festgeschriebenen Ziele halten. In Niedersachsen hat die Landesregierung gerade erst im Landesraumordnungsprogramm weitere biologisch wertvolle Flächen für den Torf-, Gips-, Kies-, Sand- und Gesteinsabbau freigeben wollen.

Der BUND Niedersachsen wehrt sich mit politischem Druck und rechtlichem Widerstand dagegen, dass der Artenschutz in Niedersachsen übergangen wird. Auf der anderen Seite zeigen der BUND Landesverband, BUND-Einrichtungen und zahlreiche Kreisgruppen mit Projekten und praktischem Einsatz, was man tun kann, um Arten und deren Lebensräume zu erhalten.

Artenschutz-Projekte des BUND Niedersachsen

Wildkatze

Der Mensch wird zunehmend mobiler. Das hat negative Folgen für Lebensräume seltener Tierarten wie der Wildkatze. Die Tierart ist in Niedersachsen vom Aussterben bedroht, kommt aber noch im Harz, im Solling und anderen walddreichen Gebieten vor. Straßenneubauten und die Zersiedelung der Landschaft engen den Lebensraum dieser anspruchsvollen und scheuen Tierart zunehmend ein, die letzten Populationen leben getrennt voneinander und können sich nicht mehr genetisch vermischen.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, arbeitet der BUND Niedersachsen mit seinem Projekt „Leise Pfoten – Wilde Wege“ daran, voneinander getrennte Lebensräume wieder miteinander zu verbinden. Das niedersächsische Projekt ist eingebettet in ein länderübergreifendes Wildkatzen-Projekt, das bis 2012 läuft.

In Niedersachsen hatte die Projektleiterin Janina Philipp 2010 vor allem eines zu tun: planen, planen, planen. Wildkatzen brauchen Korridore, durch die sie versteckt von einem Wald zum nächsten laufen können, doch für diese Korridore braucht der BUND Flächen. In Kooperation mit Naturschutzbehörden des Landkreises Holzminden, der Forst und der engagierten Kreisgruppe wurden Flächen gesucht und gefunden und Pläne für 2011 geschmiedet. Denn in diesem Jahr soll der erste Wildkatzenkorridor in Niedersachsen entstehen.

Um die Öffentlichkeit für den Artenschutz zu sensibilisieren, beinhaltet das Projekt den Bau eines Wildkatzen-Erlebnispfades, für den 2010 das Konzept erarbeitet wurde. Dieser Pfad soll am Nordrand des Harzes, in der Nähe des Hauptverbreitungsgebiets der Katzen, gebaut werden. Voraussichtlich von

Herbst 2011 an können Kinder und Erwachsene dort spielerisch mitten in der Natur das Thema „Wildkatzen und Biotopverbund“ kennen lernen.

Übrigens: Ab sofort ist die Wildkatze auch auf der Internetplattform „Facebook“ zu erreichen. Die Projektleiterin veröffentlicht dort regelmäßig Neuigkeiten rund um die Wildkatzen.

Das BUND-Wildkatzen-Projekt wird gefördert durch: EU-Programm LIFE+, Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung, Stiftung Zukunft Wald und Naturschutzstiftung Landkreis Holzminden.

Projekt „Sudelandschaft“

Dauergrünland gehört in Mitteleuropa zu den artenreichsten Biotopen. Mehr als 2000 höhere Pflanzenarten (52 Prozent



des Gesamtartenbestandes) haben auf Weiden und Wiesen eine Heimat. Das Grünland hat viel zu bieten: Es dient durch seinen Reichtum an Strukturen und zeitlich versetzten Wuchs- und Blühabfolgen der Pflanzen für sehr unterschiedliche Tierarten als Habitat. Der hohe Humusgehalt bietet eine hohe Speicherkapazität für Kohlenstoff. Dauergrünland kann daher als CO₂-Senke bezeichnet werden.

Doch trotz dieser hervorragenden Eigenschaften wird immer mehr Grünland Opfer der intensiven Landwirtschaft. Der BUND zeigt – unterstützt von weiteren Organisationen und Stiftungen und in Zusammenarbeit mit den Biosphärenreservatsverwaltungen in Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen – mit seinem Projekt „Sudelandschaft“, wie es gelingt, Feuchtgrünland zu erhalten. An der Sude und ihren Nebenflüssen weiden auf Flächen der „Stork Foundation“ Heckrinderherden und Konik-Pferde. Und im Projektgebiet des BUND halten drei Herden vom Aussterben bedrohter Rinderrassen das Grünland offen.

Die Mutterkühe der Rassen Schwarzbuntes Niederungsgrind, Rotbunte Doppelnutzung und Deutsches Shorthorn haben sich an der Sude gut eingelebt und bringen jedes Jahr gesunde und robuste Kälber zur Welt. Das Ergebnis: Durch die extensive Beweidung mit geringem Tierbesatz pro Hektar können sich Flora und Fauna gut entwickeln. So konnten am Tag der Artenvielfalt in den Sudewiesen und den angrenzenden Landschaftselementen bei Preten über 1.000 Pflanzen- und Tierspezies nachgewiesen werden.

Neben Weiß- und Schwarzstörchen suchen auch Kiebitz, Bekassine, Großer Brachvogel, Teichrohrsänger, Wiesenpieper und Braunkelchen an den geschaffenen Flachgewässern Nahrung.

Auf den Weiden und an den Randgebieten wurden nahezu 30 Pflanzenarten gefunden, die auf der Roten Liste stehen, zum Beispiel Röhriger Wasserfenchel, Wiesenalant und Gräben-Veilchen. Dies dokumentiert die große Bedeutung des Grünlandes für die Biodiversität.

BUND-Projektleiter Jürgen Beisiegel und sein Team betreuen auch das Teilprojekt „Alte Rassen“, das zur Sicherung der genetischen Vielfalt der Haustierrassen beiträgt. Denn das genetische Potenzial dieser robusten, genügsamen

und langlebigen Rinder wird durch die Hochleistungszucht der industrialisierten Landwirtschaft verdrängt und bald ganz verschwunden sein – ohne solche Projekte.

Doch einzelne Projekte allein reichen nicht aus, um artenreiches Grünland zu erhalten. Die anstehende EU-Agrarreform bietet die Chance, durch entsprechende Fördersysteme die Weichen für den Erhalt dieses Lebensraumes und eine naturverträgliche Grünlandnutzung zu stellen.

Haselmaus

Die Situation der Haselmaus in Niedersachsen lässt sich mit wenigen Worten zusammenfassen: bedroht und kaum bekannt. Der kleine Nager aus der Familie der Bilche, um den sich das Gemeinschaftsprojekt von BUND und der Naturschutzjugend (NAJU) dreht, lebt versteckt in größeren, strukturreichen Waldstücken. Wo es noch Haselmäuse gibt, ist äußerst schwierig nachzuweisen. Schon 1980 wurde die Tierart im Bundesnaturschutzgesetz unter strengen Schutz gestellt. Doch für Niedersachsen gab es bislang so gut wie keine Informationen über deren Verbreitung.

Das soll sich durch das Haselmaus-Projekt ändern, das die Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung fördert. Ein britischer Biologe hat in den 1990er Jahren eine einfache Nachweis-Methode entwickelt und 1993 in Großbritannien die erste „Nussjagd“ organisiert: Um Haselmaus-Populationen nachzuweisen, werden angefressene Haselnüsse gesammelt. An den harten Schalen lässt sich die Nagespur der Haselmaus eindeutig nachweisen.

Da selbst Kinder die Nagespuren leicht bestimmen können, ist die „Große Nussjagd“ ein erfolgreiches Umweltbildungsprojekt rund um den Haselstrauch. Kindergruppen entdecken dabei mit Spiel und Spaß den Wald. Die Projektleiterinnen Ines Fleer (BUND) und Andrea Tapp (NAJU) bieten Gruppenleitern oder Lehrern regelmäßig Schulungen zum so genannten „Jägermeister“ an. Dabei erfahren diese Wissenswertes über die Haselmaus, wie man eine Nussjagd organisiert, und sie bekommen Unterrichtsmaterialien an die Hand.

2010 ist das Projekt gestartet. Doch bislang verstecken sich die Haselmäuse

gut. Daher soll das Projekt 2011 in eine zweite Runde gehen. Der BUND ruft daher Naturschützer auf, spielerisch mit Kindern den Wald abzusuchen – erstens macht das Spaß und zweitens ist es ein wichtiger Beitrag zum Artenschutz.

Diepholzer Moorniederung

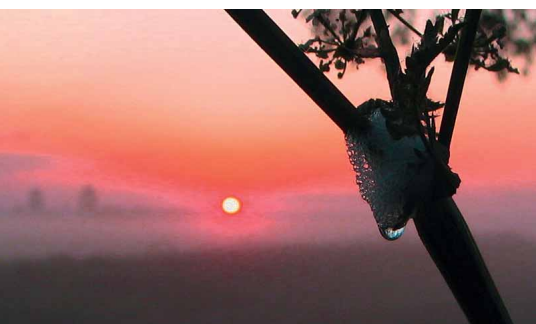
Seit 1983 betreut der BUND in seinem Projekt „Diepholzer Moorniederung“ 10.000 Hektar Hoch- und Niedermoore. Auch dort bedrohen die Folgen menschlicher Nutzung und Entwässerung zahlreiche, zum Teil hoch spezialisierte Arten wie zum Beispiel Mittlerer und Rundblättriger Sonnentau, Moosbeere, Hochmoorbläuling, Moorfrosch oder Baumfalke.

Das Projektteam in Diepholz rund um Projektleiter Friedhelm Niemeyer hat die kontinuierliche Pflege der Moore zur Aufgabe sowie zahlreiche Bestandserfassungen. 2010 entstand im Zuge des Teilprojekts „Kranichschutz und Kranich erleben“ ein Anlaufpunkt für Besucher im Mittleren Wietingsmoor. Von dort aus können Interessierte im Frühjahr und Herbst Kraniche beobachten, von denen von Jahr zu Jahr immer mehr in der Diepholzer Moorniederung Rast machen. Inzwischen ist die Region zu einem der größten Kranichrastplätze Europas geworden – ein Erfolg der vielfältigen Naturschutzarbeit vor Ort.

2010 sorgten die Projektmitarbeiter besonders für den Schutz von Uferschnepfe, Kiebitz und anderen Vogelarten. Sie bauten Stauvorrichtungen in Niedermoor- und Feuchtwiesengebieten, führten Wasserstandsmessungen durch und erarbeiteten Bewirtschaftungsvorgaben für die Landwirte des Naturschutzgebietes, damit die Vögel in der Brutzeit gute Bedingungen haben.

Das Diepholzer Projekt hat 2010 weitere Flächen hinzubekommen, um die sich das Team künftig kümmern wird. In der Nähe des Hohen Moores bei Kirchdorf (Landkreis Nienburg) wurden dem BUND 50 Hektar abgetorfes, extensiv bewirtschaftetes Hochmoorgrünland übertragen. Der BUND wird diese Flächen für den Wiesenvogelschutz ökologisch weiter aufwerten: Neue Blänken sollen entstehen, Entwässerung unterbunden und Gehölzstreifen entfernt werden.

Die Diepholzer Moorniederung ist auch für den Fortbestand der Wiesen-



weihe von großer Bedeutung. Im Sommer 2010 betrieb das Diepholzer BUND-Team erneut aktiven Wiesenweihen-Schutz: In Zusammenarbeit mit den Landwirten konnten zehn von der anstehenden Ernte bedrohte Nester geschützt werden. Von den 28 Bruten in der Region waren 16 erfolgreich, insgesamt wurden 49 junge Wiesenweihen flügge.

Schmetterlinge

Schmetterlinge sind zunehmend auf die Hilfe engagierter Naturschützer angewiesen. Denn in Deutschland stehen 80 Prozent der 190 einheimischen Tagfalterarten auf der Roten Liste der bedrohten Arten. Auch Schmetterlinge leiden unter der Zerstörung ihrer Lebensräume. Der BUND Niedersachsen hat deshalb mit seinem Projekt „Biologische Vielfalt am Beispiel der Schmetterlinge für Kindergärten und Schulen in Niedersachsen“ dafür gesorgt, dass junge Menschen für dieses Thema sensibilisiert werden und sich für den Erhalt der Lebensräume einsetzen.

Das Projekt hatte die Vermittlung der Natur-Erfahrbarkeit für Kinder vom Kindergartenalter bis zur Sekundarstufe 1

zum Ziel. Lehrer und Erzieher wurden fachkundig über die Biologie der Schmetterlinge informiert, und erhielten Hilfestellungen für kindgerechte Umweltbildung im Arten- und Naturschutz. Ein wichtiger Ansatz war: Das Erleben der Natur soll Kindern Spaß machen!

Besonders nachgefragt wurden Anleitungen zu Schmetterlingszuchten im Klassenzimmer und Informationen zu einheimischen Blütenpflanzen, die für die Entwicklung von Raupen und Faltern notwendig sind. Die Aufzucht von Schmetterlingen im Klassenzimmer und damit der hautnahe Kontakt zu den Tieren faszinierte die Kinder. Anhand von Tag- und Nachtfaltern lernten sie zu begreifen, was biologische Vielfalt ist.

Mit diesem Umweltbildungsprojekt erreichte der BUND viele Kinder und Schüler. Voller Begeisterung integrierten Lehrer und Erzieher die Bildungselemente zum Natur-Erleben in ihren Lehrplan. Projektleiterin Renate Marcus bot in Zusammenarbeit mit Regionalen Umweltbildungszentren (RUZ) pädagogische Begleitung von Schulklassen an und organisierte Fortbildungen für Umweltpädagogen, Lehrer und Erzieher.

Unter anderem organisierte Renate Marcus im RUZ Wolfsburg „NaturErkundungsStation“ (NEST) eine Fortbildung zum Thema Schmetterlinge. Die BUND-Kreisgruppe Wolfsburg entwickelte daraufhin eine Unterrichtseinheit „Schmetterlinge“, die von Ehrenamtlichen betreut wurde.

Den Pädagogen wurden Arbeitshilfen zur Verfügung gestellt zum Thema „Das Kleine Nachtpfauenaug und andere Schmetterlinge“, Aktionstipps, Vorlesegeschichten, ein Daumenkino und viele weitere Informationen rund um Schmetterlinge. Hilfreich war auch ein Materialkoffer, der zahlreiche Spiel- und Bastelideen enthielt für Kindergartenkinder und Grundschüler.

Das Projekt, das von der Niedersächsischen Bingo-Umweltstiftung und der Deutschen Umwelthilfe gefördert wurde, lief 2010 aus. Doch viele Informationsmaterialien sind weiterhin über die Internetseite des BUND (www.bund-niedersachsen.de) zu beziehen.

*Janina Philipp, Jürgen Beisiegel,
Ines Fleer, Imke Schwenker,
Friedhelm Niemeyer, Renate Marcus*

Großer Einsatz der Kreisgruppen und Einrichtungen für den Artenschutz

Braunschweig: Von einer handvoll Orchideen zu 600 Exemplaren

Der Einsatz für die heimische Artenvielfalt bildet schon seit 31 Jahren einen wesentlichen Schwerpunkt der Kreisgruppe Braunschweig. Dabei stehen Biotop-Schutz und Biotop-Pflege im Mittelpunkt. Die BUND-Aktiven kümmern sich um Feuchtwiesen mit Orchideen, Sandmagerrasen und Halbtrockenrasen. Stark gefährdete Arten wie Sandstrohlumen, Enziane und Orchideen haben dort eine Heimat.

Pflegen bedeutet harte körperliche Arbeit: mähen und abtragen, Rückschnitt und Auslichtung. Denn Großmaschinen können auf den sensiblen Flächen meist nicht eingesetzt werden. Im vergangenen Jahr waren je sieben Freiwillige 48 Nachmittage im Einsatz, um die Biotope zu erhalten. 1.400 Arbeitsstunden leisteten

sie für den Artenschutz. Diese Zahl zeigt das hohe Engagement der Kreisgruppe. Doch eine andere Zahl belegt den Erfolg dieser Arbeit: Auf der von den BUND-Aktiven betreuten „Schweineweide“ bei Meerdorf gab es Anfang der 1980er Jahre nur eine handvoll Orchideen. Heute zählen Wissenschaftler dort über 600 Exemplare.

Osnabrück: Wer hat den schmetterlingsfreundlichsten Garten?

Die BUND-Kreisgruppe Osnabrück hat einen Weg gefunden, das Thema Artenschwund an die Öffentlichkeit zu bringen: Sie hat einen Wettbewerb ins Leben gerufen, um den schmetterlingsfreundlichsten Garten in Osnabrück zu finden und zu prämiieren. Denn sehr viele Schmetterlingsarten sind vor allem durch den Verlust ihrer Lebensräume bedroht.

Die BUND-Gruppe hat deshalb auf das private Engagement zum Schutz der Falter gesetzt und eine Prämie für den schmetterlingsfreundlichen Garten ausgesetzt. Schmetterlingsfreundlich heißt vor allem vielfältig. Der Wettbewerb sollte Gartenbesitzer anregen, Schmetterlinge im eigenen Garten zu beobachten, Fotos zu machen und ihren Garten vorzustellen. Drei Bewerber wurden am Ende prämiert.

Beim BUND Osnabrück dreht sich allerdings noch viel mehr um das Thema Garten. Die Kreisgruppe hat 2010 Veranstaltungen organisiert wie „Wildkräuter im Museumsgarten“, bei der die Teilnehmer typische Wildkräuter mit ihrer Eigenschaft als Bodenbereiter und Zeigerpflanzen sowie als Nahrungsmittel kennen lernten. Diese Kräuter spielen zudem eine wichtige Rolle für Insekten.



Daneben hat die Kreisgruppe auch körperliche Arbeit nicht gescheut und einen Holzsteg im Naturwald Palsterkamp in Bad Rothenfelde gebaut. Dieses Feuchtwaldgebiet unterliegt dem Prozessschutz und ist mit der Anpachtung durch den BUND vor Eingriffen geschützt. Auf rund zwölf Hektar können sich dort Pflanzen und Tiere ungestört entwickeln. Der BUND organisiert regelmäßig Exkursionen dorthin.

Salzgitter: Saatgut von alten Nutzpflanzen erhalten

Die BUND-Kreisgruppe Salzgitter hat es sich seit Jahren zur Aufgabe gemacht, Saatgut von Nutzpflanzen zu bewahren und daraus entstandene Pflanzen auf einem selbst organisierten Markt an Interessierte weiterzugeben. Die Aktion ist 2005 aus einer Kooperation mit der BUND-Gruppe Region Hannover und dem Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt (VEN) entstanden.

Im vergangenen Jahr kamen im April mehrere Hundert Besucher – mehr denn je – zum Markt, der zum ersten Mal auf dem BUND-Gelände am Waldhaus in Altenhagen stattgefunden hat. Es war die erfolgreichste Aktion zum Erhalt der Biodiversität der Salzgitteraner, denn die vielen Besucher interessierten sich nicht nur für die Pflanzen, sondern wurden auch für das Thema Biodiversität sensibilisiert. Die Mitglieder der Kreisgruppe haben 24 verschiedene Tomatenpflanzensorten angeboten, zudem viele Chili- und Paprikapflanzen, Gartenkultur-, Wildpflanzen, Kräuter sowie Stauden und Teichpflanzen.

Seit der ersten Tomaten- und Pflanzenbörse hat die Kreisgruppe über 120 alte Tomatensorten und fast 6.000 Pflanzen weitergegeben und somit zum Erhalt alter Nutzpflanzen beigetragen. Im Garten des Waldhauses Altenhagen haben die BUND-Aktiven 2010 begonnen, einen Nutzgarten anzulegen und die alten Gartenkultursorten selbst anzuziehen.

Spiekeroog: Wie viele Arten gibt es überhaupt auf der Insel?

Immer noch sind unzählige Tier- und Pflanzenarten nicht erfasst. Das heißt, einige von ihnen könnten verschwunden sein, bevor die Menschen sie überhaupt

kennen und ihre Rolle im Ökosystem verstehen können. Auf Spiekeroog hat deshalb das Nationalpark-Haus Wittbülten, das vom BUND getragen wird, am GEO-Tag der Artenvielfalt im Juni zu einer „Schatzsuche“ eingeladen.

Dabei begaben sich 25 Experten sechs Stunden lang bei Regen und Wind auf die Suche nach Tier- und Pflanzenarten auf der Insel. Das überraschende Ergebnis: Sie erfassten und kartierten 500 Tier- und Pflanzenarten, von denen viele erstmals auf der Insel nachgewiesen wurden, unter anderem 20 Käferarten. Eine Besonderheit unter den Pflanzenarten war das Ohrlöffel-Leinkraut, außerdem vermeldeten die Experten eine positive Entwicklung des Schwarzen Kopfrieds im Westen der Insel.

Hannover: Die Schattenseiten der Wärmedämmung

Das Projekt „Schutz von Gebäude bewohnenden Vogel- und Tierarten“ des BUND Region Hannover kann sich bundesweit sehen lassen. Der BUND befürwortet natürlich Wärmedämmung von Gebäuden als zentralen Beitrag für den Klimaschutz – aber all die Tiere, die sich seit Jahrhunderten spezialisiert haben und an Gebäuden ihre Nist- und Schlafplätze bauen, stehen vor Problemen. Denn die gedämmten Fassaden bieten keine Nischen mehr für Mauersegler.

Die „Arbeitsgruppe Mauersegler“ arbeitet gemeinsam mit der Biologin Jana Lübbert rund um das Jahr daran, Hausbesitzer, Wohnungsbaugesellschaften, Handwerker und Architekten für dieses Problem zu sensibilisieren und praktische Artenschutzlösungen für Gebäude unterschiedlichen Typs anzubieten. Der BUND kooperiert dabei mit der Landeshauptstadt und Region Hannover sowie der Klimaschutzagentur und proKlima.

Mittlerweile arbeitet die BUND-Gruppe auch mit Wohnungsbaugesellschaften, Herstellern von Nisthilfen sowie mit der Firma „Stoo“, einem wichtigen Hersteller von Wärmedämmsystemen, zusammen, um Lösungen für den Einbau von Nisthilfen in Wärmedämmung zu schaffen. Das Projekt wird von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) und der Niedersächsischen Bingo-Umweltstiftung unterstützt. Die Kreisgruppe bietet

im Internet und auf Anfrage viele praktische Empfehlungen für Bauleute und Hauseigentümer an.

Celle: Wie wertvoll ist Grünland?

Die BUND-Kreisgruppe Celle hat im Juni zusammen mit dem „NEULAND-Verein für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung e.V.“ in den Osterloher Allerwiesen zum „Wiesencheck“ aufgerufen. Dr. Heidrun Heidecke, Naturschutzexpertin des BUND Bundesverbands war aus Berlin angereist, um eine Wiese zu begutachten. Sie kritisierte, dass durch Nutzungsänderung immer mehr Grünland in Acker umgewandelt wird. Das führt zu einem Verlust ökologischer Funktionen im Wasser-, Bodenhaushalt und Klimaschutz und verringert eklatant die Artenvielfalt.

Der BUND setzt sich dafür ein, dass der mit Grünlandverlusten einhergehende Artenschwund sofort gestoppt wird, um funktionierende Ökosysteme und vielfältige Lebensräume zu erhalten. In den Osterloher Allerwiesen bleiben durch extensive Beweidung Teile der Gräser erhalten, die die Rinder stehen lassen. Sie dienen als „Rückzugs-Inseln“ für Kleinlebewesen. Die Expertin Dr. Heidecke kam bei diesem „Wiesencheck“ zu dem Schluss, dass es sich bei der Wiese um eine „artenreiche“ bis „sehr artenreiche“ Fläche handelt, die unbedingt erhalten werden muss.

*Jürgen Dittmann, Robert Slawski,
Ursula Feldmann, Thomas Ohlendorf,
Georg Wilhelm, Swaantje Fock,
Helga Habekost*



Streuobstwiesen: Wichtige Projekte für den Erhalt wertvoller Biotope

Streuobstwiesen zählen heute zu den am stärksten gefährdeten Biotopen. Dies hat gravierende Folgen für die Artenvielfalt, da Streuobstwiesen Lebensraum für bis zu 5.000 Tier- und Pflanzenarten bieten. Neben Flechten, Pilzen oder Moosen leben hier zum Beispiel Steinkäuze oder Grünspechte. Mit dem Schwund der Wiesen gehen alte Obstsorten verloren. Der BUND hat 2010 einen Schwerpunkt darauf gelegt, die letzten Streuobstwiesen in Niedersachsen zu erhalten und neue Bäume zu pflanzen.

Wo gibt es noch Streuobstwiesen? Neues Projekt liefert Antworten

Der Streuobstanbau hatte in Deutschland im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine große kulturelle, soziale, landschaftsprägende und ökologische Bedeutung. Doch seit die Landwirtschaft intensiviert wurde und mehr und mehr Fläche verbraucht wird, ging die Anzahl der Streuobstwiesen rasant zurück: 1950 gab es in Deutschland noch 1,5 Millionen Hektar Streuobstwiesen, 1990 nur noch 300.000 Hektar.

Im November 2010 hat der BUND Niedersachsen das Projekt „Streuobstwiesenkataster“ gestartet, das die Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung fördert. Es hat zum Ziel, ein niedersachsenweites Informationssystem für Streuobstwiesen aufzubauen. Die Internet-Plattform soll alle Informationen rund um diese wertvollen Lebensräume bündeln

und öffentlich zugänglich machen. Denn bislang gibt es landesweit keine leicht zugänglichen Informationen über Bestände, Produkte, Vermarktung oder Veranstaltungen rund um die Streuobstwiesen.

Das will der BUND ändern. Die Plattform soll alle niedersächsischen Streuobstwiesen auflisten und kartographisch darstellen sowie Akteure miteinander vernetzen. Verbraucher sollen dort Informationen über Streuobst-Produkte erhalten und ehrenamtlich Engagierte können sehen, auf welcher Wiese ihre Arbeitskraft gebraucht wird.

Projektleiterin Sabine Washof wird zunächst die Plattform in vier Modell-Landkreisen erproben: Göttingen, Lüneburg-Dannenberg, Stade und Wolfenbüttel. Alle Akteure, die sich in diesen Landkreisen um Streuobstwiesen und -produkte kümmern, bittet sie dafür um Mitwirkung.

Neben BUND-Kreisgruppen tragen auch viele andere Verbände zum Streuobstwiesen-Schutz bei wie zum Beispiel der NABU, aber auch Wissenschaftler und Keltereien. Die Informationsplattform soll ausdrücklich verbandsübergreifend sein und von gegenseitiger Unterstützung lebt. Ziel ist, dass sich im Laufe des Projektes eine Interessengemeinschaft gründet, die die Internetplattform nach Projekt-Ende weiterführt und Informationen aus allen niedersächsischen Landkreisen sammelt. Die Daten werden präsentiert unter www.streuobstwiesen-niedersachsen.de.

Gemeinsam für den Erhalt heimischer Obstsorten

Damit in vielen Orten Streuobstwiesen neu entstehen, hat der BUND Niedersachsen 2010 ein Projekt ins Leben gerufen namens „Gemeinsam für den Schutz heimischer Obstsorten“, das von SweetFamily von Nordzucker unterstützt wurde. Um historische Obstsorten zu erhalten, haben BUND-Aktive vorhandene Obstbäume gerettet und neue Streuobstbäume gepflanzt sowie gepflegt.

Das Projekt beinhaltete 14 Einzelprojekte, die in 5 Bundesländern verwirklicht wurden. In Niedersachsen beteiligten sich die Kreisgruppen Braunschweig, Osnabrück und die Ortsgruppe Pattensen des BUND Region Hannover, die einen Weg nach Hüpede mit traditionellen Obstbäumen bepflanzt hat.

Die Kreisgruppe Osnabrück wertete eine Wiese auf, indem sie Apfelsorten wie Ontario, Roter Boskopp, und Westfälischer Gülderling pflanzte. Aber auch Birnbäume mit dem Sortennamen „Köstliche von Charneux“ und schwarze Knorpelkirschen wurden angepflanzt. Die Osnabrücker haben 2010 außerdem die Landesgartenschau in Bad Essen als Plattform genutzt, um mit einem Infostand auf den Schutz der Streuobstwiesen aufmerksam zu machen.

Die Osnabrücker verfügen über eine Apfelpresse, mit der sie im letzten Jahr zwei Mal auf der Landesgartenschau den Besuchern den Weg vom Apfel bis zum fertigen, leckeren Saft vorführten. Kinder und Erwachsene konnten selbst Hand anlegen und den eigenen Saft kosten.

Um etwas dafür zu tun, dass mehr Streuobst verwertet wird, hat die Kreisgruppe allen Streuobstwiesenbesitzern im Osnabrücker Land an einem Wochenende angeboten, ihre Äpfel in einer Mosterei vermosten zu lassen. Der Abnahmepreis für die ungespritzten und nur mit Kompost gedüngten Äpfel liegt um einiges höher als der normale Preis. So haben die Apfelbaumbesitzer einen Anreiz, ihre Streuobstwiesen weiterhin zu erhalten oder sogar neue anzulegen.

In Braunschweig haben 2010 Ehrenamtliche in Quorum 13 landschaftsprägende Obstbäume (Wildapfel, Wildbirne, Speierling, Mispel, Kornellkirsche und Ebereschen) gepflanzt. An zwei weiteren Standorten pflanzten sie hochstämmige alte Obstsorten. Die Ortsgruppe Hondelage betreut außerdem drei Streuobstwiesen und hat in den letzten Jahren mehr tausend Bäume gepflanzt.

Die Celler Kreisgruppe pflegt auch seit langem eine Streuobstwiese. An den eigenen Bäumen bieten die BUND-Aktiven jedes Jahr Obstbaum-Schnitt-Seminare für jeden interessierten Baumbesitzer an. Direkt am Aller-Ufer wachsen 45 Obstbäume verschiedener Sorten, die zwei Mal jährlich beschnitten werden.

Sabine Washof, Thomas Kruse, Ursula Feldmann, Helga Habekost, Jürgen Dittmann, Robert Slawski



Streuobstwiesen sind Lebensraum zahlreicher Arten und zudem ästhetisch reizvoll. Foto: Rainer Sturm/pixello

Wir haben es satt! Bäuerliche Landwirtschaft statt Agrarindustrie

Über 90 Prozent der Schweine in Deutschland verbringen ihr kurzes Leben in engen, dunklen Ställen fast ohne Bewegungs- und Beschäftigungsmöglichkeit. Niedersachsen als das Agrarland Nummer Eins in Deutschland spielt dabei seit Jahrzehnten eine Vorreiterrolle. Der Boom von Massentieranlagen für Schweine, Masthühner und Puten stößt jedoch zunehmend auf den Widerstand der Landbevölkerung und sorgt für Unruhe und Streit in Dorfgemeinschaften.

Neben der tierquälerischen Haltung sind Gülle- und Ammoniak-Gestank ein Problem. 95 Prozent aller Ammoniak-Emissionen in Deutschland stammen aus der intensiven Tierhaltung. Die Bundesregierung hat sich im Rahmen des Klimaschutzes gegenüber der EU verpflichtet, die Ammoniak-Emissionen bis 2010 deutlich zu senken – doch weder die Bundes- noch die Landesregierung erreichen diese Zielmarken, da die Massentierhaltung stattdessen weiterhin gefördert wird.

Der BUND fordert, dass

- die Genehmigung von Stallanlagen an eine ausreichende große, selbst bewirtschaftete Fläche gebunden ist;
- die Investitionsförderung nur für besonders artgerechte Tierhaltungen und umweltverträgliche Flächenbindung gilt;
- Fleischexporte nicht länger subventioniert werden.

Der BUND bestärkt Bürger, gegen Massentierhaltungsanlagen Widerstand zu leisten. Dafür wurde das Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ gegründet, in dem sich Bürgerinitiativen austauschen, vernetzen und den Widerstand bündeln können.

Das Jahr 2010 endete mit einer „Schweinerei“ in einer nicht endenden Reihe von Skandalen in der industriellen Tierhaltung. Diesmal ging es um Dioxin im Futterfett. Immer wieder zeigt die Ernährungsindustrie ihr wahres Gesicht: Wer am billigsten produzieren will, tut dies auf Kosten der Menschen, der Tiere, der Umwelt und der Landwirte. Der Bauernverband schätzt den Schaden für die Landwirtschaft durch den Dioxin-Skandal auf über 100 Millionen Euro.

Ein Skandal wie so viele vorher? Nein, dieses Mal war etwas anders. Der Verbraucher hat reagiert und Produkte aus ökologischem Landbau gekauft. Bio-Eier waren überall nach kurzer Zeit ausver-



Durch die Massentierhaltung landen Unmengen an Gülle auf den Äckern und belasten das Grundwasser vor allem mit Nitraten. Foto: Thomas Max Müller/pixelio

kauft. Die Reaktion der Menschen: „Wir haben es satt!“

Das zeigt, dass auch die Konsumenten eine Agrarwende wollen. Allerdings ist der Widerstand groß. Die Ernährungsindustrie in Niedersachsen weist einen Umsatz von 20 Milliarden Euro auf. Nicht einzelne Kriminelle sind das Problem – wie die Lobby der Agrarindustrie immer verkündet –, sondern das System ist schuld an den Skandalen.

Der BUND fordert eine Agrarwende, um seine Ziele nach einer umweltschonenden Landbewirtschaftung und Tierhaltung mit vielen gesellschaftlichen Kräften zu verfolgen. Gerade in Niedersachsen als Zentrum der Agrarindustrie in Deutschland muss der BUND in den nächsten Jahren viel Überzeugungsarbeit leisten – bei den Politikern und den Konsumenten.

Regionale Versorgungswirtschaft ist ein wesentlicher Teil dieser Agrarwende. Um Konsumenten auf regionale Produkte aufmerksam zu machen, bietet der BUND Landesverband Niedersachsen mit dem Konzept „Heimat braucht Freunde“ und den Projekten „Heimatgenüssen aus Niedersachsen“ und „Deine Konsumlandschaft“ Plattformen zum Thema so-

wie Ausstellungen an.

Das Projekt „Heimatgenüsse aus Niedersachsen“ stellt niedersächsische Landschaften vor und die Akteure, die mit ihren Produkten dazu beitragen, dass diese Landschaften erhalten bleiben. Der BUND hat das vergangene Jahr dazu genutzt, vor allem junge Menschen darauf aufmerksam zu machen, wie viel sie mit ihrem Konsum erreichen können.

Zum Projekt „Verbraucher, Konsum, Kulturlandschaft“ gehört die Ausstellung „DeineKonsumLandschaft“, die im vergangenen Jahr in 7 Bundesländern, an 27 Standorten in ganz Deutschland unterwegs war, und mit der der BUND in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Regionalbewegung ca. 25.000 Besucher erreicht hat.

Die vor allem jungen Besucher wurden dabei mit Fragen konfrontiert wie: Von welchen Kühen kommt meine Milch? Wo wird Obst und Gemüse in meiner Region angebaut? Wer verdient an dem, was ich esse und trinke? Beginnt fairer Handel vor der Haustür? Nach dem Besuch der Ausstellung wissen die Schüler, welchen Einfluss sie mit ihrem Konsum haben und wie sie mit ihrem Verhalten regionale Märkte stärken können.

Massentierhaltung – gravierende Folgen für Tier und Umwelt

In den Landkreisen Emsland, Vechta und Oldenburg wurde inzwischen ein Genehmigungsstopp für Massentierhaltungsanlagen verhängt – solange die Investoren keine Gutachten über die Verbreitung von Keimen und über die Rettung der Tiere im Brandfall vorlegen können.

Im Landkreis *Celle* richtete sich 2010 lautstarker Protest gegen eine große Hähnchen-Schlachthanlage in Wietze, in deren Umfeld zahlreiche Mastställe gebaut werden sollen. In der geplanten Schlachthanlage der Firma Rothkötter sollen künftig pro Stunde 27.000 Tiere geschlachtet werden – das wären wöchentlich bei voller Auslastung weit mehr als zwei Millionen Hähnchen.

Der Landkreis befürwortete den Bau wegen der neu entstehenden Arbeitsplätze. Anfangs war von 1.000 Arbeitsplätzen die Rede, inzwischen aber nur noch von ca. 250. Dennoch blieb und bleibt der Schlachthof politisch gewollt und wird – trotz knapper Haushaltsmittel – finanziell vom Land gefördert.

Der BUND und die Bürgerinitiative vor Ort haben an den Verfahren teilgenommen und sich mit allen Mitteln gegen den Schlachthof gewehrt: mit Veranstaltungen, Demonstrationen, Stellungnahmen, Einwendungen – bisher vergeblich, die Bauarbeiten haben begonnen.

Inzwischen zeigt sich jedoch: Es haben sich viel weniger Landwirte im Umland für den Bau von Massentierhaltungsställen entschieden als die Firma Rothkötter angenommen hatte. Wegen der vielen einzuhaltenden Auflagen wird der BUND die im Bau befindliche Anlage weiter kritisch beobachten.

In den Hochburgen der Massentierproduktion wie den Landkreisen Cloppenburg, Vechta und Emsland ist die zulässige Immissionsgrundbelastung ausgereizt, und es stehen keine Flächen mehr zur Verfügung. Deshalb werden zunehmend in bisher weniger belasteten Gebieten Niedersachsens Anträge zur Errichtung von Massentierhaltungsanlagen gestellt. Auch im Ammerland wurde die erste überdimensionierte Hähnchenmastanlage beantragt und kürzlich genehmigt. Es ist zu befürchten, dass weitere Massentierställe folgen werden.

Die Kreisgruppe *Ammerland* hat sich mit Stellungnahmen am Verfahren beteiligt. Aufgrund ihrer Initiative wurde gemeinsam mit anderen Naturschutzverbänden beim Landkreis beantragt, alle Beteiligten (Genehmigungsbehörden, Landwirtschaftsvertreter, Naturschutzverbände) an einen Tisch zu bringen, um Lösungen zu finden, die der Landwirtschaft im Kreis Ammerland dauerhaft nutzen und den Tierschutz angemessen berücksichtigen. Ziel ist eine Vereinbarung zur Beschränkung von Massentierhaltungsanlagen im Ammerland und eine Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft. Ein entsprechender Gesprächstermin soll demnächst stattfinden.

Der Landkreis Ammerland ist durch bäuerliche Landwirtschaft geprägt, deshalb legt der BUND dort viel Wert auf gemeinsame Lösungen mit der Landwirtschaft. Bislang haben die Menschen im Landkreis keine Erfahrungen mit Massentierhaltung machen müssen. Dennoch – oder vielleicht auch gerade deshalb – regt sich Widerstand gegen die erste Agrarfabrik, und es sieht danach aus, als könnte der Protest auf eine breite Basis gestellt werden. Das wäre ein

starkes und frühes Signal gegen Agrarfabriken im Ammerland.

Die BUND-Kreisgruppe *Salzgitter* setzt sich gegen drei Ställe in Planung bzw. im Bau ein, die nur wenige Hundert Meter von der Kreisgrenze entfernt liegen. Die von dort ausgehenden Emissionen würden hauptsächlich die Bürger der Stadt Salzgitter beeinträchtigen.

Deshalb haben die Salzgitteraner eng mit den umliegenden BUND-Kreisgruppen und den örtlichen Bürgerinitiativen zusammengearbeitet und Aktionen organisiert. Ein Vertreter der BUND-Kreisgruppe nahm an einer Podiumsdiskussion mit den örtlichen Landtagsabgeordneten zum Thema Massentierhaltung teil. Zeitungsartikel und Leserbriefe des BUND erschienen lokal zu diesem Thema.

An Demonstrationen in den Landkreisen Wolfenbüttel und Peine beteiligten sich viele Salzgitteraner. Den Landrat im Kreis Wolfenbüttel haben die BUND-Aktiven aufgefordert, eine Anlage in Berel nicht zu genehmigen, weil es Änderungen in der Brandschutzordnung und eine VDI-Richtlinie zum Schutz vor Verkeimung gibt, die kaum eingehalten werden können.

Die Salzgitteraner formulierten in Abstimmung mit den BUND-Kreisgruppen in Wolfenbüttel und Goslar ausführliche Einwendungen gegen die Anlagen in Cramme und Berel, beide im Landkreis Wolfenbüttel, und gegen die Anlage in Alvesse im Landkreis Peine.

Die Kreisgruppe *Braunschweig* hat sich anderweitig mit dem Thema Massentierhaltung beschäftigt. Denn viele Menschen unterstützen diese nicht bewusst, indem sie Fleisch im Supermarkt oder Discounter kaufen. Vielmehr wissen sie nicht, wo sie in ihrer Region Bio-Fleisch kaufen können oder greifen aus alter Gewohnheit zum Supermarktfleisch.

Das brachte die Kreisgruppe Braunschweig auf eine nachahmenswerte Idee: Sie schuf eine Broschüre, die alle Anbieter von Bio-Geflügelfleisch in der Region auflistet. Der Einkaufsführer ist auch im Internet zu finden und steht dort zum Herunterladen bereit.

Auch die Kreisgruppe *Osnabrück* hat 2010 die Konsumenten angesprochen. Sie nutzte eine Lehrer-Tagung dazu, den Besuchern deutlich zu machen, wie man mit der Nutzung regionaler Produkte Naturschutz, Klimaschutz und das Überleben der Kleinbauern fördern kann.

*Tilman Uhlenhaut, Susanne Grube,
Thomas Ohlendorf, Jürgen Dittmann,
Ursula Feldmann, Helga Habekost*



In den Kreisen Cloppenburg, Vechta und Emsland ist die zulässige Immissionsgrundbelastung durch Mastställe schon ausgereizt. Foto: Uschi Dreiuicker/pixelio

Sensibles Wattenmeer – BUND übernimmt Rolle des Wächters

Das Wattenmeer ist ein äußerst sensibler Lebensraum, ein einzigartiger dazu. Viele seltene Tierarten kommen hier vor, es ist das vogelreichste Gebiet Europas und Deutschlands bedeutendster Na-

turraum. Deshalb steht es als Nationalpark seit 25 Jahren unter Schutz. Der BUND ist an der Nordsee an mehreren Nationalpark-Häusern beteiligt und will so möglichst viele Menschen für den

Schutz dieses Ökosystems gewinnen. Denn noch kann sich im Nationalpark die Natur nicht wirklich ungestört entwickeln. Das aber will der BUND erreichen.

Nach 25 Jahren viele Schutzziele nicht erreicht



Sonnenuntergang am Westend von Spiekeroog. Die Natur im Nationalpark kann sich immer noch nicht ungestört entwickeln. Foto: C. Juhre/BUND

Der BUND Niedersachsen gratulierte zum 25-jährigen Bestehen des „Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer“ am 1. Januar 2011. Fest steht, dass in den vergangenen 25 Jahren vieles erreicht wurde, um das sensible Ökosystem zu schützen. Positiv zu bewerten ist auch die Auszeichnung als UNESCO-Weltnaturerbe, die allerdings dazu beitragen muss, dass der Schutz des Wattenmeeres mit noch mehr Ernsthaftigkeit verfolgt wird.

In einem Nationalpark hat Natur gesetzlichen Vorrang. Grundlage dafür ist das Bundesnaturschutzgesetz, in dem steht: „Nationalparke haben zum Ziel, in einem überwiegenden Teil ihres Gebiets den möglichst ungestörten Ablauf der Naturvorgänge in ihrer natürlichen Dynamik zu gewährleisten.“

Der BUND kritisiert, dass es noch viele Defizite beim Schutz dieses einzigartigen, wertvollen Lebensraums gibt:

- **Nationalparkplan:** Bis heute mangelt es an einem Entwicklungskonzept. Die Nationalpark-Rahmenkonzeption liegt seit 1996 in einer Schublade im Umweltministerium. Es gibt noch nicht einmal eine übergreifende naturschutzfachliche Planung.
- **Zu wenig Personal:** Millionen von Menschen besuchen alljährlich den Nationalpark. Doch es gibt nur vier

hauptamtliche Nationalparkwarte für das riesige Gebiet. Der BUND fordert eine personelle Aufstockung auf 50 Ranger, um den Schutz des Wattenmeeres zu gewährleisten. Besonders kritisch sieht der BUND die Kürzungen bei der Wasserschutzpolizei. Denn in diesem Naturraum ist es besonders wichtig, dass die Rechtsvorschriften eingehalten werden.

- **Tourismus als Problem:** Die starke Zunahme des Tourismus – in 2011 wird wohl die Marke von 40 Millionen Übernachtungen überschritten – führt zu Problemen. Viele Touristen missachten wissentlich oder unwissentlich die Vorschriften im Nationalpark, dadurch kommt es zu Störungen vieler Tiere in der Brut-, Setz- und Rastzeit. Der erhöhte Bedarf an Trinkwasser in den Sommermonaten sowie der Flugverkehr zu den Inseln und der vermehrte Schiffsverkehr stören das sensible Ökosystem.
- **Trendsportart Kitesurfen:** Erholungszone verkommen immer mehr zu Freizeitarealen. Die Zonierung des Nationalparks wird aufgeweicht durch das Ausweisen von Kitesurf-Bereichen in der Zwischenzone, in der sonst das Steigenlassen von Drachen verboten ist.

- **Fischerei:** Probleme gibt es insbesondere bei der Miesmuschel-Fischerei. Denn trotz eines Managementplans ist die Fischerei immer noch nicht klar geregelt und begrenzt. Dabei wird allgemein die Überfischung beklagt.

- **Bildungsarbeit:** Die Nationalpark-Verwaltung setzt die gesetzlich verankerte Bildungsarbeit mit Hilfe der Nationalpark-Häuser und der Umweltverbände um. Ein abgestimmtes Gesamtkonzept für die Informations- und Bildungsarbeit existiert jedoch noch immer nicht. Stattdessen müssen die Träger der Nationalpark-Einrichtungen inzwischen erhebliche Mittelkürzungen hinnehmen.

- **Sole-Einleitungen für den Kavernenbau:** Zur Zeit werden stündlich bis zu 21.000 Kubikmeter Sole mit bis zu 320 Gramm Kochsalz pro Liter in das Wattenmeer bei Rysum und über die Jade eingeleitet. Dabei wird systematisch die Mikrofauna beeinflusst.

Die Sole-Einleitung ist nur ein negatives Beispiel von vielen weiteren, die zeigen, wie sehr der Schutz des Welterbes Wattenmeer von der Landesregierung „geschätzt“ wird. Für die gravierende Sole-Einleitung müssen die Verursacher nicht einmal eine Abwassergebühr bezahlen.

Leider enden damit die Kritikpunkte immer noch nicht. Berücksichtigen muss man weitere Eingriffe, nämlich die anstehenden Flussvertiefungen der Ems, Weser und Elbe, regelmäßige Fahrwasserunterhaltungen, den Jade-Weser-Port, die Einleitungen durch die Landwirtschaft, Küstenschutz, die Jagd, Meeresverschmutzung durch Öl und vieles mehr.

Der BUND hat deshalb die Nationalpark-Verwaltung zum 25-jährigen Jubiläum aufgefordert, zu analysieren, welche Schutzziele erreicht wurden und welche nicht. In den kommenden 25 Jahren muss unbedingt dafür Sorge getragen werden, dass der Ablauf der Naturvorgänge im Wattenmeer ungestört in der natürlichen Dynamik gewährleistet ist – wie es das Gesetz vorschreibt.

Ulrike van der Meer

Windkraftanlagen im Meer – BUND schaut genau hin

Der BUND setzt sich für Windkraft und andere erneuerbare Energien ein. Im sensiblen Wattenmeer führen die so genannten Offshore-Anlagen jedoch leider auch zu Problemen. Es gibt negative Auswirkungen auf den Vogelzug und auch Probleme durch Seekabel, die den Strom ans Festland bringen.

Der BUND hat sich im vergangenen Jahr dafür eingesetzt, dass es zur Anbindung der Windkraftanlagen keine weiteren Kabeltrassen durch das Wattenmeer geben darf außer der schon bestehenden Norderney-Trasse.

Im niedersächsischen Küstenmeer, der so genannten 12-Seemeilenzone, sollen zwei Erprobungswindparks errichtet werden: Nordergründe, ca. 15 Kilometer nordöstlich von Wangerooge in der Wesermündung, und Riffgat, ca. 15 km nordwestlich von Borkum gelegen.

Im Offshore-Windpark Nordergründe waren 25 Anlagen geplant und 44 bei Riffgat, mit einer Höhe von rund 150 Metern. Der BUND lehnte die Windparks an diesen Standorten ab, da wildlebende Vögel unrechtmäßig gefährdet werden und die Umweltrisiken von etwaigen Schiffshavarien deutlich negative Auswirkungen auf den Küstenraum und das

Wattenmeer hätten.

Mit Unterstützung des WWF hat der BUND deshalb Klage gegen den jeweiligen immissionsschutzrechtlichen Vorbescheid sowie Widerspruch gegen den Genehmigungsbescheid zur Errichtung der Windparks Nordergründe und Riffgat eingelegt. Die Verhandlungen zogen sich über viele Monate. Am Ende ist es dem BUND gelungen, Vereinbarungen mit den potentiellen Betreibern der Windparks zu schließen und weit mehr für den Naturschutz zu erreichen, als festgesetzte Ersatzzahlungen ermöglicht hätten.

Gebaut werden nur noch 18 Anlagen im Windpark Nordergründe und 30 bei Riffgat. Die Vereinbarung sieht vor, dass die Betreiber zusätzliche Mittel für mehrjährige Forschungsvorhaben, die BUND und WWF initiieren werden, zur Verfügung stellen. Damit sollen Untersuchungen zum Vogelzug und zu den Auswirkungen des Windparks auf die Vögel durchgeführt werden. Außerdem wird die Wirkung unterschiedlicher Beleuchtungsarten der Windkraftanlagen auf Zugvögel erforscht, um eine vogelfreundliche Beleuchtung zu fördern.

Bei der Kabelanbindung des Windparks Riffgat setzt sich der BUND im Ge-

nehmigungsverfahren dafür ein, dass diese gebündelt über die so genannte Norderney-Trasse erfolgt und nicht über eine Drehstrom-Anbindung auf einer Einzeltrasse.

Zur optimalen Ausnutzung der geplanten zweiten Offshore-Trasse, die am östlichen Rand des Emsfahrwassers verlaufen wird und mit der Offshore-Windparks der „Ausschließlichen Wirtschaftszone“ angebunden werden sollen, fordert der BUND zur Eingriffsminimierung mindestens eine Übertragungsleistung von 1.000 Megawatt je Gleichstromkabel-System. Dabei sind auch Mehrfachanschlüsse, so genannte „Steckdosen auf dem Meer“, zu nutzen.

Mit dieser Emstrasse würde die langjährige Forderung des BUND nach einer Trasse außerhalb des Nationalparks erfüllt werden. Da die Emstrasse räumlich eingeschränkt ist, lehnt es der BUND ab, dass auch das COBRACable als so genannter Interkonnektor zwischen den Niederlanden und Dänemark, der keine Windenergieanlagen anbindet, ebenfalls über diese Trasse geführt wird.

Dr. Marita Wudtke

BUND-Einrichtungen begeistern Menschen für das Schutzgebiet – Neue Ausstellung in Dornumersiel

Die Nationalpark-Häuser an der Nordsee haben die Aufgabe, die Besucher über den Nationalpark zu informieren und sie für den Schutz des sensiblen Ökosystems zu sensibilisieren. Die Häuser sind attraktive Ziele für die Touristen – vor allem, wenn das Wetter an der Nordsee mal wieder nicht mitspielt.

Das Nationalpark-Haus *Dornumersiel* erstrahlt in neuem Glanz. Das Haus wurde komplett modernisiert und auf die Besucher wartet seit 2010 eine neue, interaktive Ausstellung über das Wattenmeer mit dem Schwerpunkt Energie. Bei einem Rundgang lässt sich spielerisch lernen,

warum das Wattenmeer als Nationalpark geschützt ist. An einer Station können Kinder und Jugendliche zum Beispiel einen eigenen Vogelstimmen-Rap komponieren.

Mehr als 830.000 Euro wurden investiert dank der Förderung durch die NBank, die Niedersächsische Wattenmeer Stiftung sowie die Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung. Zur feierlichen Eröffnung kamen 100 Gäste, unter ihnen Hermann Dinkla, Präsident des Niedersächsischen Landtags, Peter Südbeck, Leiter des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer, sowie der Bürgermeister der Gemeinde Dornum, Michael Hook. Ulke van der Meer (BUND), der Leiter des Nationalpark-Hauses, ist stolz, den Besuchern künftig eine ganz neue Ausstellung zeigen zu können.

Das Nationalpark-Haus *Juist* feierte im vergangenen Jahr seinen 20. Geburtstag und blickte auf viele gelungene Aktionen zurück. Besonders erfolgreich war das Team mit der neuen „naturkundlichen Kutschfahrt“ zum Thema Weltnaturerbe.

Die Mitarbeiter im Umweltzentrum Wittbülten auf *Spiekeroog* weihten im Oktober eine neue „Hörstation“ ein, an

der Kinder Lieder von „Wattinspektor Willi“ alias Sebastian Fuhrmann anhören und mitsingen können. Die Station bereichert den neuen Kinderraum, in dem den jungen Besuchern das Thema „Nahrungskette“ erklärt wird. Von diesem Jahr an bietet das Umweltzentrum noch mehr Veranstaltungen an, denn im neu gebauten Laborgebäude kann das Wittbülten-Team Seminare für Schulklassen und andere Besucher durchführen, zum Beispiel zum Thema „Rund ums Wasser“ mit den Schwerpunkten Verbrauchsbeurteilung Haushaltswasser, trockene Salzwiese und Verschmutzung der Nordsee.

Der BUND ist auch Partner vom Nationalpark-Haus *Norderney*, das das Inselleben mit tollen Veranstaltungen bereichert hat. Allein dieses Nationalpark-Haus hat im vergangenen Jahr insgesamt 650 Veranstaltungen ausgerichtet mit mehr als 21.000 Teilnehmern. Daran sieht man, wie viele Menschen der BUND mit seinen Nationalpark-Häusern ansprechen kann – und zwar nicht nur Touristen, sondern auch Insulaner.

Ulke van der Meer, Swaantje Fock, Jens Heyken, Jürgen Rahmel



Landtagspräsident Hermann Dinkla (r.) schaut sich mit Ulke van der Meer die neue Ausstellung genau an. Foto: BUND



Bei den Zugvogeltagen konnten die Teilnehmer unter anderem einen Schwarm von Austernfischern vor Langeoog beobachten. Viele BUND-Einrichtungen boten Veranstaltungen rund um das Thema Zugvögel an. Foto: Imke Zwoch/BUND

Zugvogeltage: Einrichtungen machten mit

Die Zugvogeltage im Niedersächsischen Nationalpark Wattenmeer etablieren sich, 2010 fanden sie zum zweiten Mal statt. Das Wattenmeer ist mit seinem üppigen Nahrungsangebot für viele Zugvögel überlebenswichtig. Deswegen wurden die heutigen Nationalpark-Flächen schon 1971 durch die Ramsar-Konvention als Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung, insbesondere als Lebensräume für Wasser- und Watvögel, geschützt. Eine Million Brutvögel ziehen im Wattenmeer ihren Nachwuchs groß, zehn Millionen Zugvögel nutzen pro Jahr das Wattenmeer „zum großen Fressen“ – unter ihnen sehr seltene Arten.

Die BUND-Nationalpark-Häuser auf Juist, Spiekeroog, Norderney und Baltrum machten deshalb 2010 bei den Zugvogeltagen mit. Sie nutzten die Tage, um die Gäste für die Tiere und den Schutz ihrer Lebensräume zu begeistern. Auf *Norderney* gab es neben vielen weiteren Angeboten eine „Piepmatz-Rallye“.

Das Nationalpark-Haus *Juist* hatte eine vogelkundliche Führung organisiert. Die Teilnehmer beobachteten dabei die Zugvögel an der Westspitze der Insel. Sie sahen den Einflug der Vögel in die Nahrungsgebiete, die Wattflächen. Mit Vorträgen informierte das Team des Nationalpark-Hauses über die Beringung der Vögel und über die „Juister Symbolart“, die Ringelgans. Südöstlich von

Juist liegt die kleine Vogelinsel Memmert. Vogelwart Enno Janssen bot eine Ausflugsfahrt an und führte die Teilnehmer über die Insel. Für Kinder gab es einen Nachmittag, an dem sie anhand von Geschichten, Spielen und Bastelaktionen Zugvögel kennen lernten.

Das Nationalpark-Haus Wittbülten auf *Spiekeroog* bot Exkursionen in die Umgebung an, an denen jeweils bis zu 50 Inselbesucher teilnahmen. Sie trafen sich zum Zugvogelspiel und zum Federnsammeln im Spülsaum. Das Wittbülten-Team und die Ornithologen Hans-Heiner Bergmann, Edgar Schonart, Reno Lottmann und die beiden „Vogel-Zivis“ der Insel organisierten die Veranstaltungen, bei denen es viel zu beobachten gab: In den Vordünen ließen sich gleich mehrere Sumpfohreulen sehen, eine der wenigen lichtaktiven Eulenarten Europas.

In den Quellerwiesen und auf dem offenen Strand liefen Gruppen von Schneeammern und Ohrenlerchen herum. Die meisten der insgesamt 100 gezählten Vogelarten beobachteten die Teilnehmer allerdings im Watt, weil es dort am meisten zu fressen gibt.

Auf *Baltrum* konnte das Nationalpark-Haus-Team erleben, wie man große Begeisterung für eine Tiergruppe wecken kann. Sie gaben den Besuchern Hilfestellungen bei der Bestimmung, der Handhabung von Fernglas und Spektiv,



Viele Vogelbegeisterte beobachteten im Wattenmeer zahlreiche seltene Arten. Foto: BUND-Umweltzentrum Wittbülten

führten die Besucher zu Orten mit einer großen Vogeldichte und lieferten ihnen viele Daten, Fakten, Legenden und Schmunzelwertes über die Zugvögel.

Den Kindern wurde spielerisch die Bedeutung des Wattenmeeres als „Restaurant für Zugvögel“ verdeutlicht. Ihnen machte es besonderen Spaß, Vogelfedern und -spuren am Strand zu suchen. Auf Baltrum gab es auch eine Abendandacht in der alten Inselkirche unter dem Motto „Zugvögel und wir – unsere Verantwortung für Gottes Schöpfung“, die die Kirchenbesucher sehr nachdenklich stimmte.

*Uilke van der Meer,
Karen Kammer,
Swaantje Fock,
Jens Heyken,
Jürgen Rahmel*

BUND arbeitet gegen Eingriffe an Ems, Elbe und Weser

Patient Fluss, so kann man wohl jeden der großen Flüsse in Niedersachsen nennen. Denn Elbe und Weser sollen weiter vertieft werden, damit Schiffe mit noch größerem Tiefgang dort fahren können, und auch die Ems dient mehr der Überfüh-

rung von Kreuzfahrtschiffen als ihren natürlichen Bewohnern, etwa den Fischen. Der BUND setzt sich auf breiter Front dafür ein, dass die Ökosysteme der Flüsse wieder intakt werden und Lebensraum für Tiere und Pflanzen erhal-

ten bleibt. An der kleinen Wümme zeigt der BUND mit einem Projekt, wie man die Menschen für ihre Heimatgewässer begeistern kann, und die Kreisgruppe Braunschweig setzt sich für „ihre Oker“ ein.

Das neue Projekt „Perspektive Lebendige Unterems“

Der Renaturierungsbedarf der Unterems ist dringender denn je. Als Unterems wird der von Ebbe und Flut beeinflusste Abschnitt zwischen Herbrum und der Mündung in die Nordsee bei Emden bezeichnet. In den letzten 25 Jahren wurde die Unterems zwischen Papenburg und Emden immer tiefer ausgebaggert. Dies geschah, um der Meyer Werft in Papenburg die Auslieferung immer größerer Kreuzfahrtschiffe zu ermöglichen.

Der BUND hat wiederholt auf die neuen Vorhaben und Eingriffe kritisch reagiert und intensive juristische Auseinandersetzungen geführt. Geholfen hat es der Unterems leider nicht. Denn der Fluss wurde trotzdem immer stärker ausgebaut, und auch das Emssperrwerk konnte nicht verhindert werden.

Heute ist die Unterems ein schwerkranker Patient. Die ökologischen Verhältnisse haben sich mittlerweile so sehr verschlechtert, dass im Sommer in einem etwa 30 Kilometer langen Flussabschnitt keine Fische mehr leben können. Flusstypische Lebensräume gingen durch Uferbefestigungen, Verschlickung und Absinken der Wasserstände in großem Umfang verloren.

Jetzt will der BUND nach dem Motto „Agieren statt Reagieren“ neue Wege gehen. Der Naturschutz geht in die Offensive! BUND, NABU, WWF und die Technische Universität Berlin wollen gemeinsam Perspektiven aufzeigen, wie die Unterems nachhaltig renaturiert werden kann.

Das Projekt hat drei Besonderheiten: Es ist prozess- und dialogorientiert. Das heißt, BUND-Projektleiterin Vera Konermann und die anderen Mitarbeiter nehmen kein Konzept vom grünen Tisch oder vom Reißbrett eines Ingenieurs. Stattdessen wollen sie im Rahmen von Workshops gemeinsam mit Natur- und Umweltschützern vor Ort schrittweise Renaturierungsszenarien erarbeiten – von übergeordneten Naturschutzzielen über konkrete Entwicklungsziele bis hin zur Verortung von Maßnahmen. So soll ein Naturschutzkonzept entstehen – getragen von einer breiten Basis von Verbänden und Naturschützern.

Im Rahmen des Teilprojektes „Wasserbau“ bauen die Projektmitarbeiter ein morphodynamisches Emsmodell für hydronumerische Untersuchungen auf. Damit verfügen die Naturschutzverbän-

de erstmals über die Möglichkeit, die Folgen verschiedener Maßnahmen und Szenarien auf Wasserstände, Strömungen, Salzgehalt und Sedimentablagerungen in der Unterems vorherzusagen. Mit diesem Modell können sie dann beurteilen, wie wirksam verschiedene Renaturierungsszenarien für die Ems sind, etwa für die Gewässergüte oder gegen die Verschlickung.

Viele kennen die Unterems nur noch so, wie sie sich heute vielerorts darstellt: trübes Wasser zwischen mit Steinschüttungen befestigten Ufern. Wie strukturreich die Unterems früher einmal war, davon wissen nur noch ältere Anwohner zu berichten. Um eine Vorstellung zu vermitteln, wie eine renaturierte Ems aussehen könnte, bedient sich das Projekt der Hilfe von visuellen 3D-Simulationen. Ein virtueller Besuch einer renaturierten Unterems wird somit aus vielen Perspektiven ermöglicht werden.

Finanziert wird das Projekt aus Mitteln der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, des Emsfonds und aus Eigenmitteln der Umweltverbände sowie der Technischen Universität Berlin.

Vera Konermann

Nationales Hafenkonzept macht Vertiefungen von Weser und Elbe überflüssig

Angesichts des bald fertig gestellten Tiefwasserhafens Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven sind die bereits seit etwa zehn Jahren geplanten Vertiefungen der Außenweser nach Bremerhaven und der Unter- und Außenelbe nach Hamburg weder notwendig noch im nationalen öffentlichen Interesse. Die Seehäfen sind zwar Schnittstellen im globalen Güter-

verkehr, doch die norddeutschen Bundesländer sind im föderalen Deutschland weiterhin für die eigene Hafenpolitik zuständig. Bislang haben sie es nicht geschafft, mit dem Bund eine nationale Hafenplanung abzustimmen.

Ein solches gemeinsames Konzept hätte nur Vorteile: finanzieller Art und vor allem für Umwelt und Natur. Die Hafen-

lobby verlängert jedoch jährlich ihre Wunschlisten für Infrastrukturvorhaben und wird dabei noch von den norddeutschen Bundesländern unterstützt. Doch die Vorhaben sind aufgrund der damit verbundenen Nachteile für Mensch und Umwelt ebenso unverantwortlich wie für die sonst stets als überstrapaziert beklagten öffentlichen Haushalte.



Die von Hamburg beantragte „Fahrinnenanpassung von Unter- und Außenelbe“ verfolgt einen neuen Maximaltiefgang, obwohl bisher kein einziges der immer größer werdenden Containerschiffe diesen Tiefgang erreicht. Damit steht fest, dass die geplante Vertiefung überdimensioniert und angesichts des bald fertig gestellten Tiefwasserhafens im

benachbarten Wilhelmshaven völlig überflüssig ist.

Die geplanten Vertiefungen der Elbe und Weser verstoßen gegen europäisches und nationales Umweltrecht. Und Alternativen gibt es durch den 2012 fertig gestellten Tiefwasserhafen Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven. Für die geplanten Weservertiefungen liegt den betei-

ligten Ländern Niedersachsen und Bremen bereits der Entwurf des Planfeststellungsbeschlusses vor. Dagegen hat der BUND Klage angekündigt. Der BUND hat mit NABU und WWF in einem gemeinsamen Schriftsatz an die EU-Kommission die von den deutschen Planfeststellungsbehörden vorgelegten Unterlagen als fehlerhaft und unzureichend kritisiert.

An der Wümme kümmern sich die Bürger selbst um ihre Gewässer

Kinder und Erwachsene aus den Gemeinden rund um die drei Wümme-Nebengewässer Wörpe, Fintau und Veerse haben die Flüsse vor ihrer Haustür mit neuen Augen sehen gelernt und setzen sich seitdem für die Natur an „ihren“ Gewässern ein. Möglich gemacht hat dies der engagierte, gemeinsame Einsatz von Naturschutzaktiven mit langjähriger Erfahrung in der Wümmeregion.

Dieses Pilotprojekt dient der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und wird gemeinsam von BUND Niedersachsen, der Stiftung NordWest Natur, der Biologischen Station Osterholz, den Angelvereinen Lauenbrück, Fintel und Westervesede sowie dem Fischerei- und Gewässerschutzverein Lilienthal getragen. Es verbindet Umweltbildung mit Gewässerrenaturierung und setzt auf eine vielfältige Öffentlichkeitsarbeit mit der Schwerpunktsetzung „vor Ort“.

Raus aus dem Rathaus und dem Klassenzimmer und rein in die Natur – nicht nur die Kinder der Grundschulen, sondern auch Ratsmitglieder und Bürgermeister der ansässigen Gemeinden haben die ortsnahen Fließgewässer hautnah erlebt. Um dies zu erreichen, hat das Projektteam einen Wasser-Erlebnisbereich an der

Wörpe eingerichtet, der von Dr. Jutta Kemmer von der Biologischen Station Osterholz betreut wird. Die Menschen, die aktiv mitmachen und mit nassen Füßen ihre Gewässer erkunden, lernen, welche Gegebenheiten für einen natürlichen Bach, für Pflanzen und Tiere und letztendlich auch für den Menschen an diesem Gewässer entscheidend sind.

Welche Pflanzen und Kleintiere leben am Wasser und wie wirken sich Renaturierungsmaßnahmen auf die Lebensraumqualität der Gewässer aus? Durch Geländetermine mit Politik und Naturschutz, Vorträgen in Gemeinderäten, Führungen und Ausstellungen mit Postern, Tieren und Pflanzen informieren und interessieren die Projektteams für die Gewässer der jeweiligen Gemeinde. Die Gewässer werden durch das Projekt (wieder) vielfältiger, und zwar durch das Engagement der Menschen vor Ort. Das ist „Naturschutz mit den Menschen“.

Verschiedene beispielhaft durchgeführte Maßnahmen an den Gewässern verdeutlichen die Möglichkeiten und Effekte von Renaturierungsmaßnahmen. Schulkinder und Jugendgruppen wenden ihre neu erworbenen Kenntnisse praktisch an und helfen bei Maßnahmen zur

naturnahen Gewässergestaltung. Der Erfolg: Neue kiesgebundene Kleinfischarten wie die Koppe oder die Forelle finden in den renaturierten Gewässerabschnitten wieder einen neuen Lebensraum. Das hat Ralf Gerken vom Angelverein Westervesede, der die Maßnahmen an Fintau und Veerse durchführt, beobachten können.

Die Gewässer profitieren von einer neuen Qualität der Zusammenarbeit zwischen Naturschützern, Wasserverbänden, Kommunalpolitik und Bildungseinrichtungen. Und das Projektteam ist sich sicher, dass dieses Engagement auch nach Ende des Projekts weiter bestehen wird.

Das Vorhaben wurde finanziert durch die Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung, die Gebietskooperation Wümme, den Gewässer- und Landschaftspflegeverband Teufelsmoor, die Hanseatische Natur- und Umweltinitiative, die Manfred Hermen Stiftung, die Sparkasse Scheeßel, die Stiftung Naturlandschaft Niedersachsen und durch Eigenmittel der Projektgemeinschaft.

Dr. Jutta Kemmer

Nach wie vor zu viele Schwermetalle in der Oker nachweisbar

Die Oker entspringt im Harz und fließt durch Wolfenbüttel und Braunschweig, bevor sie in der Aller mündet. Der Fluss und die Böden in den Uferbereichen und den Auen sind stark mit Schwermetallen belastet.

Schuld daran ist der historische Bergbau im Harz, durch den viele Schadstoffe in den Fluss gelangt sind und

noch heute in den Böden nachweisbar sind.

Die Kreisgruppe Braunschweig hat Stadt und Landkreise angeschrieben und aufgefordert, über die Belastungen öffentlich zu informieren. In Goslar gibt es bereits ein so genanntes Bodenkataster, und der Landkreis empfiehlt zum Beispiel den Anwohnern, welche Pflanzen sie

auf den belasteten Böden anpflanzen sollen. Doch Stadt Braunschweig und Landkreis Wolfenbüttel lassen sich Zeit.

Der BUND in Braunschweig bringt das Thema immer wieder an die Öffentlichkeit und fordert regelmäßig die Verwaltung auf, zu informieren und zu handeln.

Robert Slawski



Naturzerstörung durch Autobahnen und Schienentrassen verhindern

Verkehr ist ein Thema, mit dem sich der BUND Niedersachsen auf vielen Ebenen beschäftigt. Obwohl der BUND den Ausbau der Schiene im Grundsatz für richtig hält, lehnt er die so genannte Y-Trasse ab.

Denn es gibt deutliche Zweifel an dieser teuren Infrastrukturmaßnahme. Die Lösung liegt vielmehr in der Ertüchtigung der vorhandenen Schienenverbindungen. In diese Richtung zielt auch das En-

gagement der Kreisgruppe Braunschweig für die RegioStadtBahn. Im Landkreis Ammerland sowie in Wolfsburg engagieren sich BUND-Aktive gegen den Bau weiterer Autobahnen.

Mehr Verkehr auf die Schiene, aber keine neue Y-Trasse

Zwischenzeitlich war es ruhig geworden um die so genannte Y-Trasse. Sie soll als überwiegende Neubautrecke für den Hochgeschwindigkeitsbereich im Personenverkehr zwischen Hamburg/Bremen und Hannover dienen. Durch die Trasse soll laut Planung die Fahrzeit für Bahnreisende zwischen diesen Städten verkürzt werden, und sie soll an vorhandenen Bahnstrecken angebunden werden.

Doch die erheblichen Kapazitätsengpässe der hoch belasteten Knotenpunkte Hamburg, Bremen und Hannover wurden dabei nicht berücksichtigt. Mittlerweile wurde die Landesplanerische Feststellung des vor 10 Jahren abgeschlossenen Raumordnungsverfahrens bis Ende 2016 verlängert. Der BUND meint dagegen: Neue Problemlösungen sind im Zugverkehr gefragt.

Auch nach der Wirtschaftskrise werden weiterhin Wachstumsprognosen für den Seefrachtverkehr und insbesondere den Containerumschlag in den Nordseehäfen Hamburg und Bremerhaven aufgestellt. Dieses Wachstum erfordert demnach vorrangig die Bereitstellung zusätzlicher Kapazitäten für den Hafenhinterlandverkehr. Denn bestehende Schienenstrecken haben bereits ihre Leis-

tungsfähigkeit erreicht bzw. überschritten (z.B. Stelle-Lüneburg mit 130 Prozent Auslastung). Und auch für die Strecke Wilhelmshaven-Oldenburg wird eine Überbelastung durch die Inbetriebnahme des Jade-Weser-Ports erwartet.

Die Investitionskosten der im Bundesverkehrswegeplan und Bedarfsplan enthaltenen Y-Trasse werden auch heute noch offiziell mit 1,5 Milliarden Euro angegeben und liegen damit nur unwesentlich über den 1,3 Milliarden Euro (Stand 1999). Doch der BUND ist sich sicher: Unter Berücksichtigung einer Auslegung der Y-Trasse für den Güterverkehr und Lösungen für die Knotenpunkt-Problematik würden sich Kosten von ca. 5 Milliarden Euro ergeben – für eine Trasse, die erst nach 2020 komplett fertiggestellt sein würde und in Betrieb gehen könnte.

Der BUND lehnt die Y-Trasse ab – auch wegen der zu erwartenden erheblichen Beeinträchtigungen von Natura 2000-Gebieten – und hat sich schon frühzeitig für Alternativlösungen zur Verbesserung des Hafenhinterlandverkehrs eingesetzt und dies bei den Entscheidungsträgern auf fachlicher und politischer Ebene eingebracht.

So fordert der BUND unter Berücksichtigung von Lärmschutzmaßnahmen den Ausbau vorhandener Strecken zwischen Achim, Uelzen und Stendal, zwischen Rotenburg und Verden sowie die Fortführung der Dreigleisigkeit von Lüneburg nach Uelzen. Diese Maßnahmen sind schneller als eine Y-Trasse zu realisieren und zudem wesentlich kostengünstiger.

Wieder verstärkt in die Diskussion ist die Y-Trasse aufgrund der Vorfinanzierung der Planungskosten insbesondere durch das Land Niedersachsen sowie der Bedarfsplanüberprüfung für die Bundes-schienenwege gekommen. Um ein besseres Nutzen-Kosten-Verhältnis zu erreichen, wurde u.a. zur Entlastung des Knotens Hannover eine Güterumfahrung im Bereich Großburgwedel-Burgdorf für ca. 300 Millionen Euro vorgeschlagen. Der BUND fordert für die neu hinzugekommene Strecke die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens und unterstützt die dortigen Bürgerinitiativen. Um der Öffentlichkeit die Problematik näher zu bringen, veröffentlicht der BUND in Kürze eine kleine Broschüre zum Thema Y-Trasse und Hinterlandverkehr.

Dr. Marita Wudtke

Linienbestimmung für die geplante A 22/20 unter Protest der BUND-Kreisgruppen

Der BUND Niedersachsen arbeitet auf allen Ebenen, um die geplante Küstenautobahn A 22 zu verhindern. Denn sie würde bislang unzerschnittene Räume zerstören und damit Natur und Umwelt schaden. Die Kreisgruppen im Norden sind dazu vielfältig vor Ort aktiv. Als mit fast einjähriger Verspätung im Juni 2010 die Linienbestimmung erfolgte, und der

Parlamentarische Staatssekretär Enak Ferlemann die strittigen Unterlagen an den niedersächsischen Wirtschaftsminister Jörg Bode im Haus der Industrie- und Handelskammer (IHK) Stade überreichte, kritisierten die BUND-Aktiven allein den Übergabeort als entlarvend: Er verdeutliche die Verquickung der Politik mit der Straßenbaulobby.

Vertreter der Initiativen gegen die A 22/20 und des BUND haben vor dem IHK-Gebäude protestiert und Ferlemann ein Sparpaket übergeben. Der Inhalt: Das kürzlich vorgestellte Alternativenkonzept der Autobahngegner. Sie fordern statt der Autobahn Verkehrsvermeidung, den Anlieger und Umwelt schonenden Ausbau vorhandener Straßen sowie die



Verkehrsverlagerung auf Bahn und Schiff. Damit würden die Küstenautobahn überflüssig und Milliarden gespart.

„Triathlon der unzerschnittenen Räume“ gegen die Küstenautobahn

Schon 2007, als die geplante Küstenautobahn A 22 in das niedersächsische Landesraumordnungsprogramm (LROP) aufgenommen werden sollte, hatte Wolfgang Sondermann von der BUND Kreisgruppe Friesland in einer Stellungnahme Widersprüchlichkeiten angemahnt. Unter anderem hatte er darauf hingewiesen, dass das im LROP formulierte Ziel, die verkehrssarmen, unzerschnittenen Räume in Niedersachsen zu erhalten, nicht mit der Planung der A 22 in Einklang zu bringen ist.

Nach der Linienbestimmung im Juni 2010 wollte Sondermann ein Zeichen gegen die unsinnige Autobahnplanung

setzen und die „Nebenwirkungen“ der Linienführung zeigen. Er organisierte einen „Triathlon der unzerschnittenen Räume“, mit dem er auf die Besonderheit und die Schutzwürdigkeit der nordwestdeutschen Landschaft öffentlichkeitswirksam aufmerksam machte.

Am 4. September ging es los. Sondermann fuhr in zwei Tagen mit dem Fahrrad rund 150 Kilometer vom Anfangspunkt der geplanten Autobahntrasse in Westerstede nach Drochtersen zum Endpunkt der Trasse. In Drochtersen stieß Helmut Rademacher von der BUND-Kreisgruppe Ammerland hinzu. Gemeinsam wanderten sie in fünf Tagen von Drochtersen wieder zurück nach Westerstede – immer entlang der geplanten Autobahntrasse. Auf einigen Streckenabschnitten begleiteten sie weitere Autobahngegner. Die Oste bei Bremervörde durchquerte Sondermann schwimmend,

spontan unterstützt von einem Gastwirt, dessen Landgasthof direkt von der Autobahn betroffen sein würde.

Auch die Weser wollte Sondermann durchschwimmen. Leider versagte das Wasser- und Schifffahrtsamt die Genehmigung für eine schwimmende Querung. Deshalb setzten die beiden „Triathleten“ mit Kanus über. Am 10. September schließlich erreichten sie wieder ihren Ausgangspunkt in Westerstede, wo sie mit Beifall begrüßt wurden.

Sondermann und Rademacher haben die noch unzerschnittenen Landschaftsräume hautnah erlebt. Sie riefen dazu auf, diesen Schatz zu bewahren.

Der BUND sieht sinnvolle Alternativen zur Küstenautobahn: Der Ausbau vorhandener Bundesstraßen und Bahnstrecken würde genügen und wäre günstiger und umweltverträglicher.

Susanne Grube

BUND wehrt sich gegen die A 39 Lüneburg-Wolfsburg

105 Kilometer lang soll sie werden und mindestens 617 Millionen Euro kosten: Die Autobahn 39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg. Laut Planern soll die Autobahn den strukturschwachen Raum erschließen zwischen den Autobahnen A 7, A 24, A 10 und A 2 und als leistungsfähige Verbindung zwischen den Räumen Braunschweig, Wolfsburg, Salzgitter und Hamburg/Lüneburg dienen.

Damit soll die regionale Wirtschaft und die Hinterlandanbindung der deutschen Seehäfen gefördert werden. Doch der BUND stellt sich dagegen, weil die neue Autobahn EU-Vogelschutz- und

Flora-Fauna-Habitat-Gebieten schaden und bisher unzerschnittene, verkehrssarme Räume zerteilen würde. Bei der Planung wurde keine ausreichende Alternativenbetrachtung einbezogen und auch der „Besondere naturschutzfachliche Planungsauftrag“ des Bundesverkehrswegeplans wurde nicht abgearbeitet, auch nicht hinsichtlich des EU-Artenschutzrechts.

Der BUND setzt sich dafür ein, dass stattdessen die vorhandenen Bundesstraßen in der Region ausgebaut werden. Die BUND-Kreisgruppe Uelzen hat sich auch 2010 gegen den Autobahnneubau

gestellt und an vielen Arbeitskreissitzungen teilgenommen. Dabei haben die BUND-Aktiven vor allem ihre Kritik zu den Auswirkungen des Vorhabens für Natur und Umwelt vorgebracht und auf Fehler in der Planung und den vorgesehenen Maßnahmen hingewiesen.

Außerdem hat die Kreisgruppe eine Resolution erarbeitet gegen die geplante weiträumige Kompensation. Die Kreisgruppe Uelzen arbeitet dabei – um noch mehr Gehör zu finden – mit Initiativen gegen die A 14 und B 190 zusammen.

Jan Willcox

BUND Braunschweig treibende Kraft in der Debatte um die RegioStadtBahn

Seit November 2010 wurde in der Region Braunschweig erneut intensiv über die Zukunft des Schienen-Personen-Nahverkehrs diskutiert. Dabei ging es um die so genannte RegioStadtBahn, die Städte und ländlichere Gebiete im Raum Braunschweig-Wolfsburg-Salzgitter verbinden sollte.

Der BUND Braunschweig hat sich immer für dieses seit langem geplante Konzept stark gemacht, bei dem Regiozüge auch durch die Innenstädte von Braunschweig und Salzgitter fahren sollten.

Doch das 350-Millionen-Euro-Projekt war teuer. Aufgrund dessen hat kürzlich die Verbandsversammlung des Zweckverbands Großraum Braunschweig mit ihrer Entscheidung das Aus für dieses vom BUND ersehnte Konzept beschlossen.

Der BUND hält die Planungseinstellung für die RegioStadtBahn für einen schweren Fehler, der die Entwicklung eines guten, funktionsfähigen Öffentlichen Personennahverkehrs in der Region um Jahrzehnte zurückwirft.

Nun soll 2014 ein anderes, nach Meinung des BUND weit schlechteres, Konzept realisiert werden. Das Thema wird voraussichtlich auch in den nächsten Monaten beherrschend sein. Die Kreisgruppe Braunschweig ist unter den überparteilichen Organisationen der Hauptträger der Debatte und bringt in Beiträgen für die Medien immer wieder seine kritische Stimme ein. Das Ziel bleibt klar: mehr Verkehr auf die Schiene.

Robert Slawski



Zum Schutz der Natur – Kampagnen und Stellungnahmen

Politiker reden vom Natur- und Artenschutz, doch ihre Entscheidungen führen vielfach zu mehr Artenschwund anstatt zu mehr Artenvielfalt. In Niedersachsen stand 2010 das Großprojekt Hannover-sche Moorgeest auf der Kippe, weil der Bund wegen fachlicher Bedenken weni-

ger Geld geben wollte. Bundesumweltminister Röttgen nahm Niedersachsen in die Pflicht, einen höheren Anteil zu übernehmen – doch die Landesregierung zögert. Parallel dazu zeigte die Landesregierung auch an anderer Stelle, dass sie sich zu wenig für den Erhalt

der artenreichen Moore einsetzt. Im Entwurf des neuen Landesraumordnungsprogramms hat sie 3.500 Hektar neue Flächen für den Torfabbau ausgewiesen. Der BUND Niedersachsen hat sich mit Kampagne und Stellungnahme für den Moorschutz eingesetzt.

Hannoversche Moorgeest: Bund stellt sich quer, Land und Region schwenken um von GR-Projekt auf LIFE+

Für den BUND Niedersachsen spielt der Moorschutz eine besonders große Rolle. Denn von ursprünglich rund 250.000 Hektar Moorfläche ist heute nur noch ein Zehntel übrig – damit sind bedeutende Lebensräume für seltene Tier- und Pflanzenarten verschwunden. BUND-Aktive engagieren sich seit vielen Jahrzehnten für den Erhalt der „Hannoverschen Moorgeest“, zu der vor allem kleinere Hochmoore gehören, die bisher lediglich durch den bäuerlichen Handtorfstich in ihrer ökologischen Substanz beeinträchtigt worden sind. Die Moorgeest ist ein Refugium für zahllose Tier- und Pflanzenarten. Mehr als 200 Arten, die auf der „Roten Liste“ stehen, sind dort nachgewiesen worden. In ihrer Größe und Lebensraumvielfalt beherbergt die Moorgeest die wertvollsten noch verbliebenen Moore Deutschlands. Die Moorgeest ist ein Gebiet von allererstem Rang für den Naturschutz. Um das Moor zu erhalten, mussten Entwässerungsgräben verschlossen werden, damit der Wasserhaushalt intakt bleibt, Samenflug bzw. Stockausschlag von Kiefer und Birke sind zurückzudrängen.

Das BUND-Engagement hat nach jahrelangem Ringen dazu geführt, dass das Naturschutzprojekt „Hannoversche

Moorgeest“ seit 2006 von der Bundesregierung als „Gebiet mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung“ gefördert wurde (GR-Projekt). Träger des Projektes war die Region Hannover. Bis 2010 wurde ein umfangreicher Pflege- und Entwicklungsplan erstellt, mit dem das Moor und damit die seltenen Tier- und Pflanzenarten langfristig erhalten werden sollte.

Das Bundesumweltministerium (BMU) hatte die Planungen zusammen mit dem Land Niedersachsen und der Region Hannover als erste Projektphase finanziert (70/ 20/ 10%). Die Umsetzung der Planung sollte sich als zweite Phase des GR-Projektes von 2010 bis ungefähr 2018 anschließen. Doch Mitte 2010 kam das Projekt ins Stocken. Bei der Prüfung der vorgelegten Ergebnisse und Planungen hatte der Bund die weitere Förderfähigkeit in Frage gestellt, da das Projektgebiet, in dem Maßnahmen durchgeführt werden sollten, im Verlauf der Planungsphase verkleinert worden war.

Der Bundesrechnungshof hatte bemängelt, dass sich das Kerngebiet nunmehr weitgehend auf Natura 2000-Gebiete beschränkt, deren Entwicklung in den Zuständigkeitsbereich der Länder fällt. Auch das Fehlen von Pufferzonen

an den Moorrändern wurde kritisiert, insbesondere in den Bereichen, wo zukünftig offenes Hochmoor unmittelbar an landwirtschaftliche Nutzflächen angrenzt. Für das BMU stand deshalb das „Erreichen der naturschutzfachlichen Ziele und damit die Förderwürdigkeit des Großprojektes“ in Frage.

Der BUND machte auf Bundes- und Landesebene Druck. Mit der Kampagne „Wir wollen Moor!“, die eine Briefaktion an Bundesumweltminister Röttgen beinhaltete, setzen sich der BUND Bundes- und Landesverband für die Umsetzung des Großschutzgebiet-Projektes ein. Das BMU schwenkte daraufhin um und befürwortete die weitere Förderung unter der Voraussetzung, dass noch weitere Grünlandflächen in den Randbereichen einbezogen werden.

Das Land Niedersachsen und die Region Hannover sahen allerdings keine Chance, noch einmal in Verhandlungen über weitere Maßnahmenflächen mit der Landwirtschaft einzutreten und gaben die Umsetzung der Planung als GR-Projekt im April 2011 auf. Geplant ist nun für die Umsetzung von Seiten des Landes Niedersachsen, einen Förderantrag aus dem EU-„LIFE+“-Programm zu stellen. Der BUND Landesverband hat das Umschwenken vom GR-Projekt auf eine Antragstellung als EU-Projekt kritisiert. Er befürchtet weitere Verzögerungen der Projektumsetzung, wenn es überhaupt gelingt, in der kurzen Antragsfrist bis Sommer 2011 einen geeigneten Antrag zu stellen, der sich im europaweiten Antragsverfahren der EU durchsetzen kann.

Um die Biodiversität zu erhalten und den Klimawandel zu stoppen, ist eine schnelle Umsetzung des Projektes zwingend nötig, das heißt, die weitergehende Renaturierung von 1.900 Hektar Hochmoor. Der BUND begleitet das weitere Verfahren kritisch-konstruktiv.

Dr. Heidrun Heidecke,
Dr. Reinhard Löhmer



Das Bissendorfer Moor gehört zur Hannoverschen Moorgeest und bietet Lebensraum für zahlreiche seltene Tier- und Pflanzenarten. Foto: Tobias Heinze

Mehr Torfabbau widerspricht Moorschutzprogramm

Bei der aktuellen Novellierung des Landesraumordnungsprogramms (LROP) ist einer der Schwerpunkte im Entwurf die geplante Neuausweisung und Erweiterung von Vorranggebieten für Rohstoffgewinnung. Dabei soll der Torfabbau im Vergleich zu allen anderen Rohstoffarten per Saldo die größten Flächenzunahmen erhalten, insgesamt ca. 3.500 Hektar neue Torfabbaufläche.

Dies würde zu großflächigen, schwerwiegenden Beeinträchtigungen von Flächen des Niedersächsischen Moorschutzprogramms führen, die von hoher naturschutzfachlicher Bedeutung sind. Einzelne neue Torfabbauflächen hätten Größen über 400 Hektar, die erweiterten Flächen bis über 1.000 Hektar.

Zahlreiche Torfabbauflächen liegen in für den Natur- und Artenschutz besonders wertvollen Zonen wie Flora-Fauna-Habitat- und Vogelschutzgebieten oder grenzen an diese. Sehr problematisch wäre beispielsweise die Erweiterung des Georgsdorfer Moores im Landkreis (LK) Graftschaft Bentheim um einen 63 Hektar großen Hochmoorblock, der als Kompensationsfläche festgelegt wurde

und zudem an Vogelschutzgebietsteile grenzt. Außerdem hat der BUND kritisiert: die Abbauerweiterungen in den Landkreisen Cuxhaven und Stade, Neuausweisung vom Günnemoor am Vogelschutzgebiet Hammeniederung (LK Osterholz), vom Hahnenknooper Moor (LK Cuxhaven), vom Hanlaxmoor (LK Nienburg) und vom Posthauser Moor (LK Verden) sowie Torfabbau im Hankhauser Moor (LK Ammerland).

Besonders auch aus Klimaschutzgründen sollte kein weiterer Torfabbau stattfinden, da klimaschädliche Gase (CO₂, Lachgas) freigesetzt werden. Vielmehr sind Moore als klimaökologisch bedeutsame Freiflächen auszuweisen.

Der BUND Niedersachsen begrüßt vorgesehene Streichungen bzw. Verkleinerungen von Vorrangflächen für Torf und lehnt jegliche Ausweitung ab. Alternativen zu Torf existieren – der BUND setzt sich z.B. für torffreies Gärtnern ein. Aufgrund der intensiven Mitarbeit des BUND in der Niedersächsischen Regierungskommission Klimaschutz wird diese voraussichtlich in Kürze die Empfehlung an die Landesregierung aussprechen, die

vorgesehene Ausweisung weiterer Torfabbauflächen im LROP bis zur Aktualisierung des Niedersächsischen Moorschutzprogramms zurückzustellen.

Der BUND lehnt auch die im LROP vorgesehene Neuausweisung und Erweiterung von Kieslagerstätten im Landkreis Nienburg ab, den Abbau von Kalkstein am Winterberg und von Grauwacke am Krautliet (LK Goslar) sowie von Dolomitgestein (LK Osterode), außerdem die konkretere Festlegung der Ölschieferlager im Großraum Braunschweig.

Zustimmung des BUND findet die im LROP-Entwurf vorgeschlagene Emstrasse (Ostseite), sofern die Gleichstromkabel von mindestens 1.000 Megawatt Übertragungsleistung bestmöglichst genutzt werden – durch den Anschluss von mehreren Offshore-Windparks (siehe auch Seite 18). Außerdem haben wir im Zusammenhang mit dem auf Landesebene umzusetzenden Biotopverbund das BUND-Projekt „Rettungsnetz Wildkatze“ in den LROP-Entwurf eingebracht (siehe auch Seite 10).

Dr. Marita Wudtke

Höchstspannungsnetz nur für erneuerbare Energien

Der BUND fordert die schnelle und vollständige Umstellung der Energieerzeugung auf Erneuerbare Energien. Dezentrale Energieerzeugung ist dabei zu fördern sowie die Verringerung des Nord-Süd-Gefälles durch Ausbau der regenerativen Energieerzeugung auch in den südlichen Bundesländern. Den Ausbau des Höchstspannungsnetzes wird der BUND nur befürworten, wenn erwiesen ist, dass dies Voraussetzung ist für die vollständige Umstellung der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien.

Bei der geplanten 380 kV-Leitung von Wahle (Landkreis Peine) nach Mecklar in Hessen ist dies nicht gegeben: Sie soll sowohl dem Transport des Windstroms zu den süddeutschen Verbrauchszentren dienen als auch der Durchleitung von Kohle- und Atomstrom aus den vorhandenen und geplanten Großkraftwerken im Norden. Der Einspeisevorrang aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz würde damit unterlaufen.

Zwischen 130 und 180 Kilometer der geplanten Höchstspannungsleitung (über 200 Kilometer Gesamtlänge) sollen durch Niedersachsen gehen und würden, als Freileitung gebaut, zu bedeutsamen Eingriffen in Natur und Landschaft führen. Im Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) ist das Vorhaben als Pilotprojekt zur Teilerdverkabelung benannt. Die nachträg-

lich eingebrachten Erdkabelabschnitte von nur wenigen Kilometern Länge stellen allerdings keine wirkliche Alternative dar.

Wegen des fehlenden Bedarfsnachweises lehnt der BUND im laufenden Raumordnungsverfahren diese Leitung ab. Der Bedarf ist durch das EnLAG nicht gegeben, da EU-rechtswidrig keine strategische Umweltprüfung für die dort benannten, lediglich aus der DENA I-Studie (850 Kilometer Netzausbau bis 2015) übernommenen Höchstspannungsleitungen durchgeführt wurde.

Es werden zudem im Verfahren die Stromlastflüsse – als Beleg für die Ausbauforderungen des Höchstspannungsnetzes zugunsten der erneuerbaren Energien – nicht offengelegt und technische Möglichkeiten zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit sind nicht in die Überlegungen miteinbezogen (Leiterseiltemperatur-Monitoring, Hochtemperaturseile mit höherer Kapazität u.a.).

Lastflussdaten, eine kritische Betrachtung der DENA II-Studie (2010) – zusätzlich bis 2020 weitere 3.600 Kilometer Leitungen zu bauen –, dazu dezentrale Speicherung und so genannte Stromautobahnen im europäischen Verbund (Overlay-Netz) sind bei Aufstellung des bundesdeutschen Netzausbauplanes unter Öffentlichkeitsbeteiligung einzu-



Der BUND setzt sich bei der geplanten Leitung Wahle-Mecklar für Erdkabel ein. Foto: JenaFoto24.de/pixelio

beziehen.

Für das mehr als 600 Kilometer lange NorGer-Kabel, das als 1.400 MW-Gleichstromkabel ab 2015 Windenergie aus Deutschland in norwegische Pumpspeicherkraftwerke transportieren soll, bietet sich als Einspeisepunkt der Standort des gerade stillgelegten Atomkraftwerks Unterweser an. Damit können Weichen zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien gestellt werden. Im nachfolgenden Planfeststellungsverfahren wird sich der BUND für eine naturschutzverträgliche Kabelverlegung im Küstenmeer einsetzen.

Dr. Marita Wudtke

Großer Einsatz im ganzen Land: Erfolge der BUND-Kreisgruppen

Die Basis des BUND sind viele Ehrenamtliche im ganzen Land, die aktiv sind, um in ihrer Heimat Natur und Umwelt vor negativen Einflüssen zu schützen. Die Früchte ihrer jahrelangen Arbeit sind

Ansporn dafür, sich auch künftig ehrenamtlich zu engagieren. 2010 wurde die Nienburger Kreisgruppe ganz besonders für ihren Einsatz belohnt: Sie bekam den Niedersächsischen Umweltpreis. Der

BUND Stade feiert einen Erfolg mit dem Bürgersolarprojekt. Der Landkreis Goslar nimmt sich nach jahrelangem Drängen der Goslarer Kreisgruppe endlich einer großen Altlast an.

Niedersächsischer Umweltpreis 2010 für BUND-Kreisgruppe Nienburg



Im preisgekrönten Nienburger Garten finden regelmäßig Veranstaltungen für Kinder statt. Foto: BUND Nienburg



Minister Sander (l.) und Anne Zachow (2. v. r.) gratulierten dem BUND Nienburg. Foto: Nieders. Bingo-Umweltstiftung

Alwine Gerner, langjährige BUND-Aktive der Kreisgruppe Nienburg, wurden die Hände feucht, als sie und die anderen Nienburger nicht als Dritte nach vorn gebeten wurden. Auch für den zweiten Platz wurden sie nicht geehrt. Die Kreisgruppe Nienburg hat nämlich so viel Eindruck mit ihrem „Schau- und Lehrgarten“ hinterlassen, dass sie auf dem ersten Platz gelandet ist und den Niedersächsischen Umweltpreis 2010 gewonnen hat.

Ausgelobt hatte den Wettbewerb, der 2010 unter dem Motto „Grüne Inseln im Siedlungsbereich“ stand, die Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung. 10.000 Euro Preisgeld stehen den Nienburgern nun für die Weiterentwicklung des Gartens zur Verfügung.

Im Gästehaus der Niedersächsischen Landesregierung in Hannover überreichten Minister Hans-Heinrich Sander, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung, und Anne Zachow, die Vorstandsvorsitzende der Stiftung, den Preis an drei Vertreter der Kreisgruppe Nienburg. Anne Zachow, sagte, dass die Jury den Nienburger Schau- und Lehrgarten sogar einstimmig auf Platz 1 unter 60 eingesandten Projekten gesetzt habe.

Die Garten-Arbeitsgruppe der Kreisgruppe hatte die Jury damit überzeugt, dass der Garten ehrenamtlich seit 17 Jahren für die Öffentlichkeit unterhalten und entwickelt wurde. In all diesen Jahren ist er von April bis Oktober dreimal wöchentlich geöffnet. An Sonntagen bieten die Ehrenamtlichen spezielle Aktionen an zu Themen wie „Vermehrung von Pflanzen“, „Gesunde Obstbäume“ oder „Honig- und Wildbienen“.

Minister Hans-Heinrich Sander würdigte in seiner Festrede die langjährige Ausdauer der Nienburger. Jährlich schauen sich 2000 Besucher den Garten an – in der Region ist er eine nicht mehr weg zu denkende Attraktion. Sander lobte weiter, dass der Garten von großem Wert sei, weil er die Bedeutung einheimischer Pflanzen zeige und zum Nachahmen im eigenen Garten anrege. Das sei wichtig für den Erhalt der Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren.

Die Nienburger Kreisgruppe hat sich entschlossen, mit dem Preisgeld einen Pavillon mit Gründach zu bauen, damit die vielen Kindergruppen, die den Garten besuchen, auch bei schlechtem Wetter aktiv sein können.

Lothar Gerner

Sonne auf Stader Dächern, Strom für Stader Bürger

Dort, wo sonst Kohlekraftwerke geplant werden, gibt es eine Energie-Kooperation der BUND-Kreisgruppe Stade mit der Stadtwerke GmbH und der Sparkasse

Stade-Altes Land. Das ist keine Selbstverständlichkeit!

Gemeinsam haben die drei Akteure für ein Jahr (Februar 2010 bis Januar 2011) ein Bürgersolarprojekt aufgelegt: das „StadeSolarStrom-Zertifikat“. 660.000 Euro sind auf diese Weise eingesammelt worden. Die große Nachfrage nach dem Zertifikat hat alle Beteiligten überrascht. Leider war es nicht einfach, in der Folge geeignete Dächer zu finden, die in öffentlicher Hand oder mindestens für zehn Jahre gesichertes Eigentum sind.

Eine Bürgersolaranlage ist schon installiert worden, eine zweite wird derzeit aufgebaut und drei oder vier weitere sollen im Frühjahr 2011 ans Netz gehen.

Das Projekt basiert auf einem Darlehensmodell. Die Sparkasse sammelt über das Zertifikat Geld, garantiert Verzinsung und Rückzahlung nach zehn Jahren. Die Stadtwerke erhalten die entsprechenden Darlehen, bauen und betreiben die Anlagen. Diese bleiben Eigentum der Stadtwerke. Dadurch entsteht ein nur relativ geringer Verwaltungsaufwand.

Ein Prozent der Gesamtsumme fließt zusätzlich in ein lokales Umweltprojekt. Die Kooperation ist ideal: Der BUND als Ideengeber und Garant für ökologische Zuverlässigkeit, die Stadtwerke für das technische Know-how und die Sparkasse für finanzielle Sicherheit.

Silke Hemke



Ein gutes Team: Vertreter der Kreisgruppe Stade und der Stadtwerke sowie der Sparkasse. Foto: C. Schmidt



Im früheren Tagebau Morgenstern wurden Giffässer gelagert. So entstand eine der größten Altlasten im Landkreis Goslar. Die Kreisgruppe Goslar fordert seit Jahren, dass die Deponie professionell abgedeckt wird. Foto: BUND Goslar

Kreisgruppe Goslar lässt Vertuschung nicht zu: Deponie Morgenstern muss neu abgedeckt werden

Die Kreisgruppe Goslar beobachtet seit Jahrzehnten die Vorgänge rund um die ehemalige Grube Morgenstern, die inzwischen zur größten Altlast im Landkreis geworden ist, und hat in diesem Skandal viel erreicht.

Die Grube Morgenstern gehört zur Gemeinde Liebenburg und wurde nach der Stilllegung zur Entsorgung von Chemikalien genutzt. Sie liegt knapp nördlich von Goslar-Hahndorf. Das Bergwerk umfasste einen Eisenerz-Tage- und Tiefbau im Salzgitterschen Höhenzug. Zu Förder- und Verbindungszwecken wurden Stollen und Strecken aufgeföhren, die den südlichen Salzgitterschen Höhenzug über große Teile erschlossen. Durch diese Strecken ist eine unterirdische Verbindung von der Grube Morgenstern bis zu den nördlichen Abbaugebieten Fortuna bei Groß Döhren und Anna Hoffnung bei Liebenburg gegeben. Bergbau wurde dort bis 1963 betrieben.

In der Grube Morgenstern wurde schon seit ca. 1955 ungeordnet Hausmüll abgelagert. Parallel dazu wurden jedoch auch von einem privaten Betreiber von 1963 bis 1968 im Bereich der ehemaligen Bergbauanlagen Chemikalien entsorgt. Die Eigentümer handelten kriminell – unter den Augen der damaligen Aufsichtsbehörden. In den Tagebau und den Schacht der Grube gelangten damals Fässer, andere Gebinde, und flüssige Chemikalien wurden direkt verklappt.

So entstand eine der größten Altlasten im Landkreis Goslar. 1970 gab es im

Tagebau einen Großbrand des Fasslagers, die Löscharbeiten dauerten mehrere Monate an. Dabei verbrannte ein Teil der oberflächlich lagernden Giftstoffe. Die noch zu bergenden Gebinde wurden später fachgerecht entsorgt, aber der Rest verblieb im Berg.

Der Landkreis Goslar pachtete 1976 einen Bereich der Fläche Florentz/Morgenstern vom Land Niedersachsen und errichtete auf der Altlast die geordnete Abfallentsorgungsanlage Morgenstern. Sie wurde 17 Jahre lang, von 1976 bis 1993, betrieben und ist bis heute nicht ordnungsgemäß abgedeckt.

Die Kombination von höchst kritischer Altlast durch die Chemikalien mit unsachgemäß gesicherter Hausmülldeponie ist eine tickende Zeitbombe, die das Grundwasser der Gemeinde Liebenburg und der Stadt Vienenburg gefährdet.

Die BUND-Kreisgruppe Goslar engagiert sich seit Jahrzehnten in diesem Umweltskandal. Sie hat öffentlich Druck gemacht gegen die lang anhaltende Vertuschungsstrategie des Landkreises Goslar und bereits viel zur Aufklärung beigetragen: Aufgrund dessen ist 2010 der Landkreis Goslar erstmals zu einer offenen Aufklärungsarbeit übergegangen, zudem wurden personelle Konsequenzen gezogen: Der Vertrag der Leiterin der Kreiswirtschaftsbetriebe wird nicht verlängert, und ein Mitarbeiter wurde von seiner Verantwortung entbunden.

Denn 2010 wurde bekannt, dass aus dem Sickerwasserschacht der Hausmüll-

deponie über einen defekten und nach unten offenen früheren Probennahmeschacht belastetes Wasser ins Erdreich eindringt – vor einer Belastung des Grundwassers hatte der BUND immer gewarnt. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig leitete daraufhin Vorermittlungen ein. Unklar blieb, warum die damals zuständigen Mitarbeiter des Kreises bzw. der Kreiswirtschaftsbetriebe gegenüber dem BUND und der Öffentlichkeit jahrzehntelang behauptet haben, dass der Schacht kein Problem und nicht mehr zugänglich sei.

Es hieß, man habe ihn durch eine besser geeignete Probennahmestelle ersetzt. Bis zum Herbst 2010 standen diese Aussagen im Raum, denen der BUND nie traute. Die Kreisgruppe hat weiter Druck gemacht mit dem Ergebnis, dass der Landkreis einen großen Glaubwürdigkeitsverlust erlitten hat und endlich alle Fakten auf den Tisch legen musste. Denn es besteht eine reale Gefahr für das Grundwasser. Nun muss schnell gehandelt werden, Untersuchungen, die man jahrzehntelang versäumt hat, müssen vorangetrieben werden. Das Hauptproblem bleibt die undichte Deponieabdeckung, wodurch Sickerwasser in die Deponie eindringen kann. Der BUND fordert, dass die Deponie nun schnellstens professionell abgedeckt werden muss und fordert damit nur, was das Gesetz ohnehin vorschreibt.

Dr. Friedhart Knolle

Feiern, Feste, Feten – BUND-Gruppen blicken auf Erfolge zurück

Nicht nur der Landesverband hat 2011 mit seinem 50-jährigen Jubiläum Grund zum Feiern. Viele niedersächsische Kreisgruppen setzen sich vor Ort seit Jahrzehnten für Umwelt und Natur ein und haben im vergangenen Jahr ihre Jubiläen

mit unterschiedlichen Aktionen begleitet. Die Motivation, sich für Umwelt und Natur einzusetzen, war je nach Ort und Umgebung eine andere: In Nienburg stand anfangs der Vogelschutz im Mittelpunkt, und die Wolfsburger wollten ver-

hindern, dass eine Mülldeponie ein Feuchtgebiet zerstört. Aber nicht nur der Rückblick fiel 2010 bei vielen BUND-Gruppen positiv aus, einige blickten nur nach vorn und starteten mit neuem Antrieb in die Zukunft.

25 Jahre Kreisgruppe Nienburg: Heute noch genauso aktiv wie damals

Mit den Vögeln fing es an: Bis 1985 gab es im Landkreis Nienburg nur einen ornithologischen Arbeitskreis, aber niemanden, der sich um die sonstigen Belange des Umwelt- und Naturschutzes kümmerte. Das änderte sich mit der Gründungsversammlung der BUND-Kreisgruppe Nienburg am 11. November 1985, über die die Lokalpresse unter der Überschrift „Missstände aufgreifen und schwerpunktmäßig helfen“ berichtete.

Seitdem hat die Kreisgruppe viele Missstände aufgegriffen und den Umwelt- und Naturschutz in Nienburg vorgebracht. Eine kleine Auswahl der Aktivitäten:

Seit 1990 unterhält die Kreisgruppe ein Umweltzentrum, ausgestattet mit einer kleinen Fachbibliothek und einem Wasserlabor. Kreisweit wurden dort rund 1000 Wasseranalysen aus Haus- und Gartenbrunnen durchgeführt. 1993 entstand der weit über die Kreisgrenze hinaus bekannte „Naturnahe Schau- und Lehrgarten“, Wohlfühl-, Lern- und Erfahrungsort für große und kleine Besu-

cher (siehe Seite 26). Ein Jahr später setzten sich die Nienburger für erneuerbare Energien ein, und das Projekt Windkraftanlagen wurde als Bürgerprojekt gestartet. Inzwischen stehen vier Windkraftanlagen. Dem Arbeitskreis Klimaschutz gelang zudem die Einführung eines Stadtbussystems in Nienburg.

Weitere vorbildliche Projekte waren die Pflanzung von rund 1000 Obstbäumen in Kooperation mit Vereinen, Schulen und Kindergärten und „Was lebt im Bach“, eine sehr beliebte Ferienpassaktion. Eine breite Öffentlichkeit haben die Nienburger zuletzt auch mit dem Naturkundlichen Rad- und Wanderführer für den Mittelweserraum erreicht.

2010 brachte die Kreisgruppe noch ein erfolgreiches Projekt zu Ende: Im Krähenmoor bei Nienburg sollte früher eigentlich Torf abgebaut werden, wofür dieser einzigartigen Naturlandschaft das lebensnotwendige Wasser abgezogen wurde. Wo einst Torfmoos und Moosbeere den Boden bedeckten, breiteten sich Kiefern und Birken aus. Zum Glück wurde

der Torfabbau nie begonnen, und im Moor konnte Wasser gehalten werden. Die Nienburger haben von 2008 bis 2010 gemeinsam mit Partnern und Förderern (allen voran die Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung) die Flächen wiedervernässt und renaturiert. Dort sollen sich wieder hochmoortypische Pflanzen ausbreiten und ein Lebensraum für Kranich, Raubwürder sowie bedrohte Tagfalterarten entstehen.

Neben diesen Vorzeigeprojekten zeigten die Nienburger aber auch – wenn es sein musste – ihre kämpferische Seite. 1996 verhinderten sie die Freisetzung von gentechnisch verändertem Raps.

Gründe genug zum Feiern! Mit Live-Musik feierten die BUND-Aktiven im Juni ihr 25-jähriges Bestehen und blickten zurück und zugleich hoffnungsvoll in die Zukunft. Denn die Kreisgruppe erfreut sich nach wie vor über eine große Zahl an aktiven Mitgliedern.

*Johanne Sailer,
Lothar Gerner*



Den „naturnahen Schau- und Lehrgarten“ der Kreisgruppe Nienburg gibt es seit 1993. Er hat auch schon Kunstaktionen eine Bühne geboten. Foto: BUND Nienburg



Die Nienburger BUND-Gruppe hat 2008 eine Karte mit Rad- und Wandertouren an der Mittelweser herausgegeben.

Mit der Rettung eines Feuchtgebiets fing alles an: BUND-Kreisgruppe Wolfsburg feierte 30. Geburtstag

1983 legten die BUND-Aktiven in Wolfsburg los: Die erste große Aktion war die Rettung des Barnbruchs, eines wertvollen Feuchtgebietes. Die Kreisgruppe sammelte mehr als 5.000 Unterschriften, um die Ausdehnung der Mülldeponie in das wertvolle Feuchtgebiet zu verhindern.

30 Jahre erfolgreiche Arbeit für Umwelt und Natur in Wolfsburg folgten, auf die die Kreisgruppen-Aktiven bei einem Festakt im September zurückblicken konnten. Neben dem Fest machten die Wolfsburger mit noch viel mehr Aktionen auf ihren Geburtstag aufmerksam: Mit einem Naturerlebnistag für Groß und Klein ging es am 26. September auf dem Gelände der Ludgeri-Gemeinde in Wolfsburg-Ehmen weiter.

Trotz Dauerregens kamen mehr als 150 Besucher, um sich von der Arbeit der Natur- und Umweltschützer zu überzeugen. Die Kinder konnten zum Beispiel Insektenhotels bauen oder Wasserbilder malen. Außerdem konnten sie mit einer mobilen Apfelpresse selbst Apfelsaft ma-



Barbara Homburg (v. l.), Gerhard Chrost, Peter Bronold und Ulrich Hung entwickelten die Veranstaltungsreihe zum Wolfsburger BUND-Jubiläum. Foto: BUND Wolfsburg

chen. Die Veranstaltungsreihe zum Jubiläum endete mit einer Ausstellung über die Arbeit des BUND Wolfsburg, die im September in einem großen Wolfsburger Einkaufszentrum zu sehen war. Die Aus-

stellung machte den Betrachtern Lust auf Exkursionen der BUND-Gruppe, und sie zeigte, was die Ehrenamtlichen geleistet haben, zum Beispiel für Streuobstwiesen oder für Amphibien.

Klein, aber fein: 25 Jahre Ortsgruppe Hondelage

Die BUND-Aktiven in Hondelage gehören zur Braunschweiger Kreisgruppe und haben 1991 einen eigenen „Förderkreis Umwelt- und Naturschutz Hondelage“ (fun) gegründet. Mittlerweile unterstützen mehr als 200 Mitglieder den Naturschutz vor der Haustür. Viele Biotope mit Investitionen von über 800.000 Euro dokumentieren die erfolgreiche Arbeit.

Die Hondelager BUND-Aktiven haben mehr als 200 Kleingewässer, 3 Streuobstwiesen angelegt und mehrere Tau-

send Bäume gepflanzt. Außerdem haben sie bisher zwei Fließgewässer von der Quelle bis zur Mündung renaturiert. Seit 20 Jahren kümmern sie sich Jahr für Jahr um drei Orte, an denen Amphibien zu ihren Laichplätzen wandern.

Außerdem erhalten die Hondelager das „Grüne Band“ von Braunschweig bis Groß-Brunnsrode. Sie pflegen zehn Hektar artenreiches Grünland mit einer eigenen Rinderherde und beackern einen „fun-Acker“ als Teil des bundesweiten

Schutzgebietsnetzes für Ackerwildkräuter.

Die Hondelager erreichen mit ihrer Arbeit vor Ort viele Menschen, weil sie mit der Kirche zusammenarbeiten, auf drei Erlebnispfaden den Bürgern ihre Natur näher bringen und auch mehr als 200 Kinder in einer seit 15 Jahren betreuten Schul-AG zu Naturbeobachtungen anregen.

Bernd Hoppe-Dominik

Neuer Schwung in alten Kreis- und Ortsgruppen

BUND-Gruppen stehen und fallen meist mit dem Engagement eines festen Kerns an Aktiven. Der *Kreisgruppe Ammerland* ist es im vergangenen Jahr gelungen, wieder mehr Menschen zu motivieren, sich für ihre Natur und Umwelt einzusetzen. Bei der Jahreshauptversammlung im Oktober beschloss die Kreisgruppe, ihre Naturschutzarbeit wieder aktiv aufzunehmen. Der neu gewählte Vorstand war sich einig: Intakte Lebensräume für Tiere und Pflanzen bilden die Lebensgrundlage des Menschen. Um ihre Ziele zu erreichen, will die Kreisgruppe künftig verstärkt mit anderen lokalen Verbänden und Vereinen aus dem Bereich Naturschutz, Jagd und Landwirtschaft zusammenarbeiten. Denn: Gemeinsam erreicht man mehr.

Auch in Rotenburg war viel Arbeit liegen geblieben, nachdem der ehemalige Kreisgeschäftsführer verstorben war. Einige BUND-Aktive arbeiteten zwar im Hintergrund weiterhin an Stellungnahmen. Doch aktive Öffentlichkeitsarbeit gab es nicht mehr. Das spornte Manfred Radtke, BUND-Mitglied seit 30 Jahren, an, sich zu engagieren und die *Ortsgruppe Rotenburg* neu aufzustellen: Im Februar 2010 lud er alle Mitglieder aus dem südlichen Teil des Kreises (Altkreis Rotenburg) zu einem Informationsabend ein. Ergebnis war die Gründung einer Ortsgruppe.

Ziel der neuen Gruppe war zunächst, den BUND als einen vor Ort tätigen Umweltverband in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen. Schon Anfang

April ging die eigene Homepage ans Netz. Manfred Radtke betreibt seither aktiv Pressearbeit, um die Kampagnen des BUND zu verbreiten: Torf, EU-Agrarpolitik, Energiesparkonto, Laubsauger, Geo-Tag der Artenvielfalt, Gift in Kitas etc. Auch regionale Umweltthemen kamen nicht zu kurz: Die Ortsgruppe erstellte Stellungnahmen zu Baumfällungen, arbeitete mit einer Bürgerinitiative zusammen wegen einer Biomethan-Anlage und kontrolliert Grünlandumbrüche und Gewässerrandstreifen.

2011 wollen die BUND-Aktiven auch im Norden des großen Landkreises eine Ortsgruppe gründen.

Susanne Grube,
Manfred Radtke

Viele Ehren- und Hauptamtliche im Einsatz für Umwelt und Natur

Inzwischen arbeiten nicht nur viele Ehrenamtliche im BUND, sondern auch zahlreiche Hauptamtliche für den BUND. Möglich machen das die vielen Projekte, die zum Beispiel von der Niedersächsi-

schen Bingo-Umweltstiftung und anderen Förderern mitfinanziert werden. Doch Grundlage der BUND-Arbeit bleibt die Arbeit der Ehrenamtlichen vor Ort sowie in den Landesarbeitskreisen und im

Wissenschaftlichen Beirat. Diese Gremien des BUND beraten aktuelle Themen und bestimmen die inhaltliche Richtung der Verbandsarbeit.

100 Mitarbeiter im ganzen Land für BUND tätig

Der Landesverband Niedersachsen bot in den letzten Jahrzehnten vielen Menschen, die sich für den Natur- und Umweltschutz begeistern, einen interessanten und vielseitigen Arbeitsplatz. Mit Hilfe dieser Mitarbeiter hat der Verband in den vergangenen Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag für die umweltpolitische Entwicklung Niedersachsens und Deutschlands leisten können. Im Jahr 2010 waren allein mehr als 100 Personen beim BUND Niedersachsen beschäftigt.

Viele Berufsanfänger aus den Bereichen Biologie, Landschaftspflege und

ähnlichen Berufsfeldern haben Ihre ersten Erfahrungen über befristete Projekte beim BUND sammeln können und fanden anschließend im Verband, bei befreundeten Organisationen oder behördlichen Partnern eine Position.

Auch Schulabgängern bietet der BUND im Rahmen des Freiwilligen Ökologischen Jahres (2010 waren es 23), im Zivildienst (7 Stellen) oder im Rahmen von Praktika die Möglichkeit, den Natur- und Umweltschutz als mögliches Berufsfeld näher kennen zu lernen. Viele von ihnen halten danach über Jahre hin-

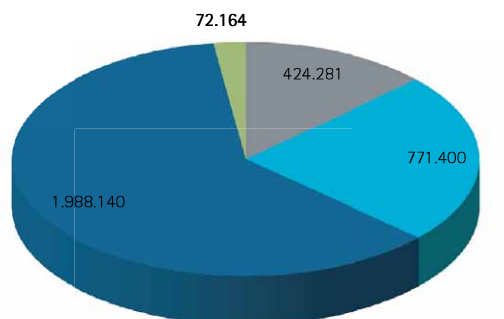
weg auf die eine oder andere Art Kontakt zum BUND.

Die Planung eines Bundesfreiwilligendienstes ab 2011 macht es möglich, dass der BUND Niedersachsen mit diesem Instrument noch mehr Menschen Gelegenheit geben kann, sich über eine ehrenamtliche Tätigkeit hinaus zu engagieren. Eine soziale Absicherung für diese Mitarbeiter ist gewährleistet.

*Doris von der Osten-Kemling,
Ingrid Aust*

Haushalt 2010

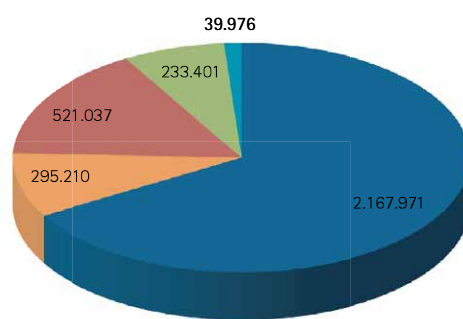
Einnahmen



■ Mitgliedsbeiträge ■ Spenden
■ Projektzuschüsse ■ Sonstige Einnahmen

Einnahmen gesamt: 3.255.985 Euro

Ausgaben



■ Projekte und Umweltbildung ■ Mittel an Kreisgruppen
■ Landesgeschäftsstelle ■ Verwaltung ■ Sonstige Ausgaben

Ausgaben gesamt: 3.257.595 Euro

BUND-Experten erarbeiten Verbandspositionen

Wissenschaftlicher Beirat und Geschäftsstelle besser vernetzt

Der BUND bezieht zu zahlreichen Themen Position. Experten, die sich zum Teil auch beruflich mit Energie, Landwirtschaft oder Naturschutz befassen, beschäftigen sich im Wissenschaftlichen Beirat und in Arbeitskreisen mit aktuellen Themen und tragen so zur Positionsbestimmung des Landesverbands bei.

Der Wissenschaftliche Beirat hat 2010 seine Arbeitsweise etwas geändert, damit Beirat und Geschäftsstelle künftig enger vernetzt sind und der Informationsfluss

schneller wird. Im vergangenen Jahr waren deshalb bei den Beirats-Treffen immer auch Vertreter aus Vorstand und Landesgeschäftsstelle anwesend.

Die wesentliche Beiratsarbeit lief wie bisher schon über bilaterale Kontakte einzelner Beiratsmitglieder mit der Landesgeschäftsstelle, Vorstand und anderen aktiven BUND-Mitgliedern. Doch um die Beiratsmitglieder hinsichtlich ihrer jeweiligen Sachkompetenz besser ansprechen zu können, haben sie „Kompetenzprofile“ erstellt. Diese Themen-schwerpunkte der Mitglieder sind im

Internet veröffentlicht unter: www.bund-niedersachsen.de

Bei den Beiratsstreifen 2010 tauschten sich die Mitglieder unter anderem aus über die geplante Vertiefung von Weser und Elbe, die weitere Versalzung von Werra und Weser durch den Kalibergbau sowie Verkehrsprojekte wie die geplante Y-Trasse. Außerdem besprachen die Mitglieder das weitere Vorgehen hinsichtlich des Fluglärms in Hannover, Initiativen zum Schienenverkehrslärm und zu Biogasanlagen.

Dr. Walter Feldt

Arbeitskreis Verkehr: 14 Jahre Einsatz gegen die Y-Trasse

Der übergeordnete Themenschwerpunkt war auch 2010 „Niedersachsen als Transitland“. Die Arbeitskreismitglieder beschäftigten sich mit der zu erwartenden überregionalen Verkehrsentwicklung und den Auswirkungen auf die jeweiligen Regionen. In Hamburg fand dazu ein Treffen mit den Landesverbänden Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg statt, zu dem auch Werner Reh, der Verkehrsreferent des BUND-Bundesverbands, kam. Zusammen analysierten die Experten, welche deutschen und vor allem europäischen Verkehrsvorhaben Norddeutschland in Zukunft tangieren werden, welche Konsequenzen zu erwarten sind und wie der BUND sich dazu aufstellt (z.B. Fortschreibung Bundesverkehrswegeplan, Hafenhinterlandverkehr).

Zum Thema Hafenhinterlandverkehr haben zwei Arbeitskreis-Mitglieder zusammen mit Verkehrsexperten und Bündnis 90/Die Grünen eine Studie „Perspektiven für einen effizienten und verträglichen Hafenhinterlandverkehr“ erarbeitet (siehe www.fraktion.gruene-niedersachsen.de). Sie wurde in Oldenburg bei einer Veranstaltung mit der Bauindustrie, IHK Oldenburg, der Deutschen Bahn AG, Verkehrswissenschaftlern sowie Bundes- und Landtagsabgeordneten vorgestellt.

Die Studie zeigt: Eine Alternative zur Y-Trasse ist möglich durch Ausbau/Ergänzung der vorhandenen Schienennetze (siehe auch Seite 22).

Im Arbeitskreis ging es 2010 auch wieder um die neusten Entwicklungen der heikelsten Verkehrprojekte, der „Dauerbrenner“ A 22/A 26, A 39 und B 3 (Ortsumgehung Celle) sowie um die Elbe- und Weservertiefung.

Hans-Werner Mohrmann

Arbeitskreis Naturschutz diskutierte das „Waldpapier“

Das zentrale Thema im Arbeitskreis Naturschutz war 2010 die Broschüre „Wälder für Niedersachsen – Wald, Forst- und Holzwirtschaft im Wandel“, die das Landwirtschaftsministerium im Juni veröffentlicht hat. Ursprünglich sollte auch der BUND dieses „Waldpapier“ unterzeichnen. Denn BUND und NABU hatten sich über Monate hinweg an der Erstellung dieses „Waldpapiers“ beteiligt.

Entwürfe und Korrekturen wurden verbandsintern immer wieder diskutiert. Die Besprechung der Endfassung im Arbeitskreis sowie in anderen BUND-Gremien ergab, dass schließlich weder BUND noch NABU die Ministeriums-Vorlage mitzeichnen wollten. Denn von einer nachhaltigen Waldwirtschaft ist die Lan-



Der Arbeitskreis Naturschutz hat sich mit dem Thema nachhaltige Waldwirtschaft befasst. Foto: Andreas Hermsdorf/pixelio

desregierung auch mit diesem „Waldpapier“ noch weit entfernt. Derzeit erarbeitet der Bundesarbeitskreis Naturschutz eine gemeinsame BUND-Position zum Thema Wald.

Dr. Reinhard Löhmer

Massentierhaltung Hauptthema im Arbeitskreis Landwirtschaft

Vertreter aus den Kreisen Lüchow-Danzenberg, Wolfenbüttel, Hannover-Land, Uelzen, Celle, Goslar und Nienburg berichteten im Arbeitskreis Landwirtschaft über die Entwicklung der Landwirtschaft in ihren Regionen. Im Mittelpunkt standen dabei die zunehmende Zahl von Mastställen sowie die geplante Großschlachthanlage in Wietze bei Celle.

Auch Eckehard Niemann, Sprecher der „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ gab den Mitgliedern im Arbeitskreis einen Überblick über die Entwicklung der Massentierhaltung im Geflügel- und Schweinebereich und skizzierte die Entwicklung von 1960 bis heute: Sie ist geprägt von einem wenig durchsichtigen Konzentrationsprozess. Trotz 100prozentiger Selbstversorgung in Deutschland kämpfen zwei bis drei Agrarindustrielle um die Vergrößerung ihrer Marktanteile.

Doch laut Niemann wird diese Überproduktion zu einem Preisverfall führen, der Risiken für diejenigen Landwirte birgt, die mit hohen Krediten neue Ställe gebaut haben. Konzentrationsprozesse herrschen auch in der Mastschweine- und Sauenhaltung. Die durchschnittlichen Stallgrößen sind z. B. in der Region Vechta/Cloppenburg in den letzten 10 Jahren von 400 auf 4000 Mastplätze gestiegen.

Der Arbeitskreis hat eine Gegenstrategie skizziert: Deklaration von Fleisch zur Verbraucherinformation, Begrenzung der Tiertransporte, Umlenkung der Agrar-



So viel Platz wie dieses Rotbraune Huisumer Schwein haben andere Artgenossen nicht. Foto: Jerzy Sawluk/pixelio

subventionen: öffentliche Gelder nur für öffentliche Leistungen, neue Eiweißstrategie mit heimischem Anbau (siehe auch Seite 15).

Der Arbeitskreis hat sich auch mit der Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik befasst. Die Agrarpolitik nach 2013 muss so ausgerichtet werden, dass alle agrarpolitische Förderung strikt an ökologische und soziale Kriterien gebunden werden.

Damit sich die deutsche Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner in Brüssel für diese Ziele stark macht, hat der BUND 2010 eine Briefaktion an Frau Aigner organisiert. Hannelore Plaumann (Kreisgruppe Hannover), die dem Arbeitskreis angehört, hat sich dafür besonders eingesetzt und mehr als 800 Unterschriften gesammelt.

Jürgen Beisiegel

Das heikle Thema „Hochspannungsleitungen“ im Arbeitskreis Energie

Aktuell werden immer wieder Proteste der Bevölkerung gegen neue Hochspannungsleitungen bekannt und kritisiert. Um das Genehmigungsverfahren für eine solche Höchstspannungsleitung ging es 2010 auch im Arbeitskreis Klimaschutz und Energiewende. Die Trasse soll von Walle nach Mecklar führen. Die Experten raten in diesem Fall zu einer weitgehenden Erdverkabelung (siehe auch Seite 25).

Die Arbeitskreismitglieder haben sich zudem 2010 auch wieder in der Regierungskommission Klimaschutz eingebracht und sich mit Wärmedämmung an Gebäuden befasst, allerdings unter einem ganz neuen Aspekt: Die Wärmedämmung führt nämlich dazu, dass einige Vogelarten und Fledermausarten keinen Unterschlupf mehr in den Städten finden (siehe auch Seite 13).

Michael Kralemann

BUND-Einrichtungen sensibilisieren Tausende für den Schutz der Natur

Die Einrichtungen des BUND Niedersachsen haben sich an vielen Orten des Landes etabliert und verfolgen wichtige Ziele des Verbandes. Umweltinforma-

tion steht in den Nationalpark-Häusern an der Küste und im Harz sowie auf Burg Lenzen an der Elbe im Mittelpunkt, umweltgerechte Landwirtschaft und kli-

magerechte Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen zeigt der BUND auf dem Natur-Bauernhof Wendbüdel.



Das Besucherzentrum TorfHaus zu Füßen des Brockens ist ein Publikumsmagnet. Es liegt ideal am Großparkplatz Torfhaus, den viele Harzbesucher ansteuern. Fotos: BUND

TorfHaus lockte auch 2010 wieder mehr als Hunderttausend Besucher an

2010 kamen zwar etwas weniger Besucher als im Vorjahr ins Nationalpark-Besucherzentrum TorfHaus, das unter anderem vom BUND Niedersachsen getragen wird. Aber das hatte Einrichtungsleiterin Heike Albrecht erwartet, schließlich strömten die meisten Menschen – darunter viele Harzer – sofort nach der Eröffnung 2009 dorthin, um sich den Neubau und die neue Ausstellung anzuschauen. Dennoch kamen 2010 wieder 120.000 Gäste ins Besucherzentrum im Harz.

Die vielfältigen Informationen, die TorfHaus bietet, dienen als Türöffner für alle Harzreisende. Umfassende und schnelle Informationen zu Schwerpunktthemen wie Nationalpark (naturkundliche Besonderheiten, Management,

Nationalpark-Philosophie, Aktivitäten, Insidertipps), Grünes Band und allgemeine touristische Angebote werden von den Besuchern sehr gut angenommen. Darüber hinaus leistet das Team im TorfHaus Bildungsarbeit für verschiedene Zielgruppen.

TorfHaus hat außerdem dazu beigetragen, das „Grüne Band“ entlang des ehemaligen Grenzstreifens zur DDR zu erhalten. Der Förderzeitraum für das dreijährige Projekt „Erlebnis Grünes Band“ in der Modellregion Harz lief zum 31. August 2010 aus.

Das Projektteam hatte vielfältige Aufgaben: Es hat die Bedeutung dieses bestehenden und zu erhaltenden Biotopverbundes für den Naturschutz in der Bevölkerung bekannt gemacht und die

Menschen für den Erhalt des Grünen Bandes gewonnen.

Gleichzeitig entwickelten die Mitarbeiter Freizeit-, Erlebnis- und Umweltbildungsangebote, mittels derer das Grüne Band zur Entwicklung und Umsetzung eines sanften Tourismus beitragen und künftig auf nachhaltige Weise genutzt werden kann. Um das „Grüne Band“ bekannter zu machen, bot TorfHaus 2010 viele Veranstaltungen an z.B. die „Grenz-erfahrungstouren“. Für das Jahr 2010 wurde als weiteres Bildungsangebot ein Bildungsurlaub „Das Grüne Band – Neues Leben im Schatten der ehemaligen Grenze“ entwickelt, konzipiert und durchgeführt. Außerdem fädelt das Projektteam eine Kooperation mit dem Reiseanbieter Studiosus Reisen ein.



Junge und ältere Besucher schauen sich gemeinsam die Ausstellung an und lernen dabei den Nationalpark kennen.



Das Team des Besucherzentrums TorfHaus zeigt die neue Ausstellungstafel zur Wildkatze auf dem Außengelände.

Das Nationalpark-Besucherzentrum Torfhaus wurde 2010 als neue Infostelle für den „Geopark Harz.Braunschweiger Land.Ostfalen“ eingeweiht. Hierzu wurden im Außengelände zwei Informationstafeln zur Geologie des Brockens

und zum Geotop Hochmoor installiert.

In der Ausstellung erwartet die Besucher künftig ein Aufsteller für die Geopark-Faltblattserie im Themenbereich „Moore“. Außerdem informiert die Ausstellung auch über das Wildkatzen-Pro-

jekt des Landesverbands. Auch zu diesem Projekt wurde zusätzlich auf dem Außengelände ein „Informationsmodul“ installiert.

Heike Albrecht

Neues Schmuckstück der Burg Lenzen: Pförtnerhaus eröffnet als Besucheranlaufstelle

2010 wurde wieder Stück für Stück auf Burg Lenzen an der Elbe weitergearbeitet, damit die Burganlage bald komplett in neuem Glanz erstrahlt. Die Burg wurde dem BUND vor einigen Jahren vermacht und beherbergt das Europäische Zentrum für Auenökologie, Umweltbildung und Besucherinformation, dazu (Seminar-)Hotel und Restaurant für Besucher.

Für den Ausbau des denkmalgeschützten Pförtnerhauses zur zentralen Besucheranlaufstelle der Burg konnten Fördermittel der integrierten ländlichen Entwicklung genutzt werden. Seit April 2011 erwartet die Gäste dort ein neuer, moderner Informationsbereich. Sie können sich persönlich bei den Mitarbeitern über die Burg und die Angebote informieren. Und im Shop sind regionale Produkte und haus eigene Souvenirs erhältlich. Das Mitarbeiter team der Burg hat inzwischen die Auszeichnung „Service Qualität Deutschland Stufe I“ erlangt.

2010 arbeitete das Team in Lenzen verstärkt daran, die Burg bekannter zu machen. Zu diesem Zweck wurde der Internetauftritt für das Burghotel verschönert (www.burghotel-lenzen.de) und eine gemeinsame Internetpräsenz mit den Besucherzentren des Landes Brandenburg erstellt. Erste Früchte dieser Bemühungen spiegeln sich bereits im gestiegenen Besucherinteresse wider. 2010 stieg

die Gästezahl der Burg um zehn Prozent: 19.000 Ausstellungsgäste und Veranstaltungsteilnehmer besuchten die Burg.

Auch das Burghotel und Restaurant verzeichneten Zuwächse. Mehr als 3000 Besucher nutzten das vielfältige Veranstaltungsangebot mit den beliebten Ausstellungsführungen, Geländeexkursionen und Bootstouren auf der Elbe.

Zu den Höhepunkten zählten 2010 der Besuch der Brandenburgischen Umweltministerin Anita Tack auf Burg Len-

zen und die dritten Naturschutz tage an der Elbe. Wer sich über aktuelle Veranstaltungen der Burg informieren will, kann dies in der neuen Broschüre „Naturerlebniszeit 2011“ oder im Internet tun (www.burg-lenzen.de).

Neben den Besucherzahlen gibt es noch einen weiteren, wichtigen Erfolg für den Naturschutz zu vermelden: Das diesjährige Winterhochwasser der Elbe hat nicht nur vielerorts mit neuen Rekordwerten der Wasserstände auf sich auf-



Das Pförtnerhaus erwartet die Besucher gleich hinter dem Tor und informiert diese über alles, was es in und rund um die Burg zu entdecken gibt. Fotos: BUND



Die Rückdeichung bei Lenz war ein voller Erfolg: Das Luftbild zeigt, wie sich die Elbe bei Hochwasser wieder ausbreiten kann.

merksam gemacht, sondern auch die Wirksamkeit der vom BUND initiierten Deichrückverlegung bei Lenz für den Hochwasserschutz eindrucksvoll bewiesen.

Während die Flusspegel an der unteren Mittelbe einen deutlichen Trend nach oben zeigten, senkte sich der Hochwasserscheitel am Pegel Schnackenburg gegenüber dem bisherigen Rekordstand vom April 2006 um über 20 Zentimeter! Wie die Bundesanstalt für Wasserbau (BAW) und auch das Bundesamt für Na-

turschutz inzwischen bestätigt haben, ist dafür die größte Deichrückverlegung in Deutschland bei Lenz in Brandenburg verantwortlich. Der unermüdliche Einsatz des BUND für einen nachhaltigen, ökologischen Hochwasserschutz hat sich mehr als gelohnt.

Tim Schwarzenberger

Biomasse aus Grünland – BUND zeigt auf eigenem Bauernhof, wie es geht

Im Jahr 2010 stand das Forschungsprojekt „Effizienzsteigerung von Grünlandsubstraten in der Biogasgewinnung unter Berücksichtigung naturschutzfachlicher Belange“ im Mittelpunkt der Arbeit auf dem BUND-Natur-Bauernhof Wendbüdel. Gefördert wurde das Projekt durch das Bundesumweltministerium.

Projektleiter Dr. Wulf Carius beschäftigt sich auf dem Hof mit der Frage der Bewirtschaftung von Naturschutzflächen zur Steigerung der Biodiversität im Feuchtgrünland. Ziel des Projektes ist es auch, Naturschutzbewirtschaftung bezahlbar zu machen. Die Ernte von rund 190 Hektar wird zu 70 Prozent in einer

Biogasanlage (Trockenfermentation) zu Energie verarbeitet. Die übrigen 30 Prozent werden an alte Haustierrassen wie das Bentheimer Schaf, die Moorschnucke und das Schwarzbunte Rind alter Zuchtrichtung verfüttert.

2010 wurden Versuche zur Heuschreckenfauna weitgehend abgeschlossen. Die Ergebnisse haben gezeigt, dass nicht die mechanische Bearbeitung nach dem Mähen durch Aufbereiter und Mulcher zur Schädigung der Tiere führt, sondern überwiegend das Mähen selbst. Die Endauswertung steht noch aus, die Tendenz zeigt jedoch, dass die Schnitthöhe der Mähgeräte der gravierende Faktor bei der

Schädigung der Heuschreckenfauna ist.

Die Untersuchung zur Konservierung konnte nur für die erste Mahd durchgeführt werden, da die überaus nasse Witterung ab Mitte August keine zweite Mahd zuließ. Dennoch reichte die Ernte aus, um die Tiere auf dem Hof zu versorgen und um genügend Substrat für die Biogasanlage zu erzeugen.

Die Vegetationsuntersuchungen im Rahmen des Projektes haben gezeigt, dass die Bewirtschaftungsform einer zweimaligen Mahd zu einer artenreichen Mähwiese „alter Prägung“ führt.

Dr. Wulf Carius



Glückliche Schafe und Lämmer finden auf dem Natur-Bauernhof Wendbüdel ausreichend Gras, um sich satt zu fressen. Fotos: W. Carius/BUND



Die Wiesen rund um den Hof sind besonders artenreich. Das Foto zeigt das äußerst seltene Sumpfeveilchen.



Dr. Wulf Carius mäht die Feuchtwiesen zweimal im Jahr, 70 Prozent der Ernte werden für die Biogasanlage genutzt.



Die Wasserburg Königslutter wurde früher als Jugendarrestanstalt des Landes genutzt. Die Stiftung Naturlandschaft hat sie 2010 gekauft und will darin ein Natur- und Wissenschaftszentrum einrichten. K. Weber/BUND

Stiftung Naturlandschaft hat Burg in Königslutter gekauft

Die vom BUND gegründete „Stiftung Naturlandschaft“ hat 2010 einen weiteren Entwicklungssprung gemacht. Der Stiftung wurden weitere Flächen übertragen und sie hat Immobilien erworben, um finanzielle Sicherheit zu garantieren.

Umfangreiche Biotopflächen bei Braunschweig wurden ihr unter anderem von der Deutschen Bahn als Eigentum übertragen. Außerdem wurde ihr im Nincoper Moor im Landkreis Harburg eine weitere Kompensationsfläche auf ca. 26 Hektar Moor übertragen. Nachdem umfangreiche Regenerationsmaßnahmen abgeschlossen sind, wird mit der dortigen BUND-Ortsgruppe die weitere Betreuung abgestimmt.

Um das Stiftungsvermögen auf ein breites Fundament zu stellen und damit die finanzielle Sicherheit zu erhöhen, sind zwei Immobilien erworben worden: In der Nähe von Salzgitter-Lichtenberg wurde unter Mitfinanzierung der Deutschen Umwelthilfe in einer reizvollen Landschaft das Grundstück Altenhagen gekauft. Die BUND-Kreisgruppe Salzgitter baut es zu einem vielfältig genutzten Umwelthaus aus. Umfangreiche Eigenleistung ist dabei erforderlich – ein großer Kraftakt für die BUND-Gruppe in Salzgitter.

In Königslutter, dem Sitz der Stiftungsgeschäftsstelle, nimmt ein weiteres

großes Vorhaben Gestalt an. Die Stiftung hat die Wasserburg Königslutter, in der früher eine Jugendarrestanstalt des Landes untergebracht war, erworben. Das 2.700 Quadratmeter große Grundstück liegt mitten in der Stadt und wird zu einem Natur- und Wissenschaftszentrum ausgebaut, das bereits jetzt große Beachtung in der Öffentlichkeit erfährt. Die verkehrsgünstige Lage und der gute Erhaltungszustand der großräumigen Anlage sowie das Interesse der Partner machten eine wirtschaftlich abgesicherte Entscheidung für den Kauf möglich.

Die Stiftung und die BUND-Kreisgruppe Helmstedt werden hier ihre Geschäftsstellen einrichten. Weitere künftige Mieter sind das Freilicht- und Erlebnismuseum Ostfalen e.V., der UNESCO-Geopark Harz.Braunschweiger Land.Ostfalen, die NABU-Kreisgruppe Helmstedt und die Senckenberggesellschaft für Naturforschung (Frankfurt/Main). Die Wasserburg soll sich zu einem Zentrum für Ökosystem- und Klimaforschung im Verbund mit weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen entwickeln. Zahlreiche Vorgespräche und konzeptionelle Betrachtungen sind bereits erfolgt.

Für die Umnutzung und den Umbau der Gebäude einer denkmalgeschützten Burg zu einem modernen Bürogebäude sind allerdings zahlreiche Genehmigun-



Die Stiftung Naturlandschaft kümmert sich um umfangreiche Biotopflächen bei Braunschweig und auch Moorflächen im Kreis Harburg. Foto: K. Weber/BUND

gen erforderlich. Trotzdem plant die Geschäftsführung der Stiftung einen Betriebsbeginn zum 1. Juli 2011.

Neben diesen „Großprojekten“ weitet sich das Aufgabenspektrum der Stiftung stetig aus. Dabei achtet die Stiftung darauf, dass die Unabhängigkeit von Drittmittelgebern in jedem Fall bewahrt werden kann. Diese Strategie werden Präsidium und Geschäftsführung der Stiftung auch künftig konsequent verfolgen.

Karl-Friedrich Weber

BUNDjugend bewegt die Welt der Jungen

Insbesondere für junge Menschen sind Umwelt und Natur wichtige Themen, für die es sich lohnt, ehrenamtlich aktiv zu werden – schließlich werden sie viele Folgen der heutigen Umweltzerstörung noch selbst miterleben. In Niedersachsen ist die BUNDjugend im „Jugendumweltnetzwerk Niedersach-

Tischlein deck dich – Die Geschichte der globalen Ernährung

Klimawandel, Gentechnik, Welthunger, unfaire Handelsbedingungen, Verlust der Artenvielfalt, etc. Viel zu selten denken die Menschen darüber nach, was diese Themen eigentlich mit dem gedeckten Esstisch vor ihrer Nase zu tun haben. Deswegen hat JANUN einen Schulprojekttag für Jugendliche entwickelt, bei dem die Schüler ihre Gewohnheiten beim Lebensmittel-Konsum reflektieren sowie dessen ökologische und soziale Folgen. Mit Hilfe von Gruppenpuzzles, einem „Getreide-Planspiel“ und Diskussionsrunden sollen sie für sich Wege finden, die zu einem verantwortungsbewussten Mitwirken in der Gesellschaft führen.

„Weltbewegend“ – Schöner leben für alle

Ein Projekttag für Schulen und Jugendgruppen, den JANUN ins Leben gerufen hat, heißt „weltbewegend“. Die Schüler sollen an diesem Tag die Zusammenhänge zwischen globalisierter Welt und eigenem Alltagshandeln verstehen lernen. Die Teilnehmer reflektieren spielerisch die Auswirkungen des eigenen Konsums und Ressourcenverbrauchs auf die Umwelt, Lebens- und Arbeitsbedingungen weltweit. Das ernste Thema ist mit viel Spaß verbunden: Durch ein Großgruppen-Brettspiel und einem Planspiel finden die Schüler das Thema alles andere als langweilig.

Um diesen Projekttag an möglichst vielen Schulen durchzuführen, hat JANUN 2010 drei Qualifizierungen angeboten, bei denen 45 Teamer ausgebildet

wurden. Mit ihrer Hilfe haben 24 Projekttag stattgefunden, bei denen 600 Schüler etwas über ihren Konsum gelernt haben.

Kritik Gen – eine kritische Bildungsaktivität zu Gentechnik in der Landwirtschaft

Welche Nahrungsmittel sind eigentlich gentechnisch verändert? Was ist der Unterschied zwischen Zucht und Gentechnik? Was passiert mit gentechnisch veränderten Pflanzen auf dem Feld? Die Bildungsaktivität „Kritik Gen“ gibt Antworten.

In interaktiven Modulen setzt sich diese für Jugendliche konzipierte Bildungsaktivität mit den Auswirkungen der Gen-Technik auf die Umwelt, die Gesellschaft und das eigene Leben auseinander.

Projekt F – Projektmanagement-schulung für junge Aktive

Vier Projekte wurden schon im ersten Durchgang von „Projekt F“ erfolgreich umgesetzt. Im Oktober 2010 startete die zweite Runde mit 17 Freiwilligen aus dem JANUN-Netzwerk und kooperierenden Institutionen. Mit der Unterstützung von Lisa Wiesbrock und Muriel Herrmann sind folgende Projektideen entstanden, die 2011 umgesetzt werden: ein FairTrade-Projekt in Lüneburg; ein „Anti-Fa/Ra/Spe-Camp“, eine Anti-Atom-Info-Veranstaltung und Stromwechselfest als Abschlussfest von Projekt F im Juni 2011 sowie ein Projekt „Grün und laut“ zur Vernetzung und Bildung von Jugendlichen, die im Umweltbereich aktiv werden möchten.

„Bewege, was dich bewegt“: Jugendleiterausbildung

Diese Seminarreihe bietet interessierten Jugendlichen zwischen 16 und 27 Jahren die Möglichkeit eine Jugendleitercard (JuLeiCa) zu erwerben. Dafür müssen sie an drei aufeinander aufbauenden Seminaren teilnehmen. 2010 wurden Schulungen in Lüneburg und Göttingen an-

Menschen angespornt werden, die Folgen des eigenen Handelns zu überdenken, zum Beispiel, wenn sie einkaufen gehen. Neben Projekten ist Jugendbildungsarbeit in Form von Seminaren die zentrale Aufgabe von BUNDjugend und JANUN. 2010 haben mehr als 150 Seminare stattgefunden.

geboten, 2011 soll das Gesamtkonzept überarbeitet werden. Beim dritten Seminar werden die Teilnehmer die Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Themen haben, angedacht sind hier u.a. Angebote zum Thema Projektmanagement, Seminarleitung, klimafreundliche Jugendarbeit und Umweltbildung.

Klimafreundliche Jugendarbeit – Praxisbuch K und nextklima

2010 war das Thema klimafreundliche Jugendarbeit ein Schwerpunkt, der vor allem bei Landesjugendring-Projekten im Vordergrund stand. Im August 2010 erschien als ein Ergebnis, gefördert durch Mittel des Förderprogramms Generation 2.0, das „Praxisbuch K“ mit Tipps zur klimafreundlichen Jugendarbeit.

Ergänzend zum Praxisbuch wurde die Website www.nextklima.de online geschaltet, auf der viele Inhalte des Praxisbuchs zu finden sind und auf der eigene Projekte eingetragen werden können.



Die BUNDjugend bietet ein Seminar an, bei dem Jugendliche die Jugendleitercard erwerben können. Fotos: JANUN





2011 ist ein neues BUNDjugend-Projekt gestartet. Bei „WASSERLEBNIS“ geht es darum, interaktive Schnitzeljagden mit GPS-Empfängern zum Thema Wasser zu entwickeln. Im Mai und Juni 2011 bietet JANUN dafür Schulungen an.

37

BUNDjugend hat sich viel vorgenommen für 2011

WASSERLEBNIS – das Geocaching-Projekt

„Noch zehn, noch acht, noch sechs Meter.“ Ziel erreicht! „Hier am Ufer muss er irgendwo sein!“ „Hey, hier. Ich habe den Schatz!“ 2011 bietet JANUN das Projekt „WASSERLEBNIS – das Geocaching-Projekt rund um Wasser, Abenteuer und Nachhaltigkeit“ zusammen mit der DLRG an. Das neue Projekt bietet Interessierten die Möglichkeit, mithilfe von GPS-Geräten interaktive Schnitzeljagden für und mit Jugendlichen zum Thema Wasser zu entwickeln. JANUN bietet im Mai und Juli Schulungen dafür an.

Naturtagebuch – auf Erkundungstour mit Manfred Mistkäfer

Junge Naturforscher zwischen acht und zwölf Jahren sind eingeladen, mit Manfred Mistkäfer, dem Maskottchen dieses Projekts, ihre Umwelt zu erkunden. Eine Wiese, ein einzelner Baum oder ein kleiner Bach – dieses sind nur einige Stellen, die die Naturforscher im Jahresverlauf unter die Lupe nehmen. Ihre Untersuchungsergebnisse halten sie in einem Naturtagebuch fest, das sie bis Ende Oktober an die BUNDjugend schicken. Alle eingesendeten Werke nehmen an

einem Wettbewerb teil, bei dem die schönsten, buntesten und originellsten Naturtagebücher mit tollen Naturforscherpaketen ausgezeichnet werden.



Nutzpflanzen säen – Vielfalt erfahren

Das Projekt will Biodiversität für Jugendliche praktisch erfahrbar machen, einen aktiven Beitrag zur Erhaltung der Agro-Biodiversität leisten und das Thema in eine breite Öffentlichkeit tragen. Die Jugendlichen werden seltene traditionelle Nutzpflanzensorten rekultivieren und sich auch theoretisch auf verschiedenen Ebenen mit dem Thema auseinandersetzen.

Zu diesem Zweck wird eine Veranstaltungsreihe durch die BUNDjugend Göttingen sowie weitere Bildungsveranstaltungen durchgeführt. Dabei werden mehrere Jugendgruppen aus Niedersachsen und auch spanische und portugiesische Partner mitmachen und ihre Erfahrungen als auch ihr selbst gewonnenes Saatgut austauschen.

Wer sich über die Angebote genauer informieren will, kann dies über den monatlich erscheinenden JANUN-E-Mail-Newsletter tun, der mittlerweile mehr als 700 Abonnenten erreicht und neben den Neuigkeiten auch die Seminare der kommenden Monate vorstellt. Den Newsletter sowie alle anderen Informationen findet man im Internet unter: www.janun.de

*Paul Nettlau,
Steffen Stubenrauch*

Bildnachweis

Für die Bereitstellung von Fotos danken wir:

Titel

Apfelblüte, Foto: Dieter Poschmann/pixelio

S. 3

Heiner Baumgarten, Foto: Uwe Martin/IGS

S. 4

Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler, Foto: BUND

S. 10 (von links)

Wildkatze, Foto: Thomas Stephan/BUND

Rind an der Sude, Foto: Jürgen Beisiegel/BUND

Haselmaus, Foto: Gerhard Augustin

S. 11 (von links)

Sonnenuntergang im Moor, Foto: Karin Jung/pixelio

Kraniche im Diepholzer Moor, Foto: BUND Diepholzer Moorniederung

Schmetterling, Foto: Dagmar Zechel/pixelio

S. 12 (von links)

Gartenschläfer, Foto: BUND Braunschweig

Preisverleihung „Schmetterlingsfreundlicher Garten“, Foto: BUND Nienburg

Neuer Holzsteg im Naturwald Palsterkamp in Bad Rothenfelde, Foto: BUND Osnabrück

S. 13 (von links)

Tomatenbörse in Salzgitter, Foto: BUND Salzgitter

Wiesencheck in Celle, Foto: BUND Celle

Ornithologische Führung auf Spiekeroog, Foto: BUND-Umweltzentrum Wittbülten

S. 20 (von links)

Schiffsüberführung auf der Ems, Foto: Achim Lueckemeyer/pixelio

Workshop Ems-Projekt, Foto: Vera Konermann/BUND

Fischer auf der Elbe, Foto: Jürgen Mumme/BUND

S. 21 (von links)

Kinder an der Wümme, Foto: Dr. Jutta Kemmer

Gewässeruntersuchung, Foto: Dr. Jutta Kemmer

Die Oker, Foto: Dietmar Meinert/pixelio

S. 22 (von links)

Containerschiff, Foto: Stefan Klaassen/pixelio

Hafengelände in Bremerhaven, Foto: Kai Tholen/pixelio

Güterzug mit Containern, Foto: Danny König/pixelio

S. 23 (von links)

Autobahn, Foto: Peter Kirchhoff/pixelio

Triathlon der unzerschnittenen Räume, Foto: Wolfgang Sondermann

Bahngleise, Foto: Rainer Sturm/pixelio

Rücktitel

Hängender Apfel, R. B./pixelio

Hinweis



Der BUND Landesverband Niedersachsen feiert in diesem Jahr sein 50-jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlass ist eine umfassende Festschrift erschienen. Wenn Sie wissen möchten, welche Erfolge der BUND in den vergangenen 50 Jahren gefeiert hat, können Sie diese Festschrift im Internet ansehen und herunterladen unter:
www.bund-niedersachsen.de/50

Impressum

Herausgeber

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Niedersachsen e.V.
Goebenstr. 3a, 30161 Hannover
Postfach 1106, 30011 Hannover
Tel: (0511) 965 69 - 0
Fax: (0511) 66 25 36

E-Mail: bund.nds@bund.net
<http://www.BUND-Niedersachsen.de>

verantwortlich

Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler

Redaktion

Carla Juhre

Autorenhinweis

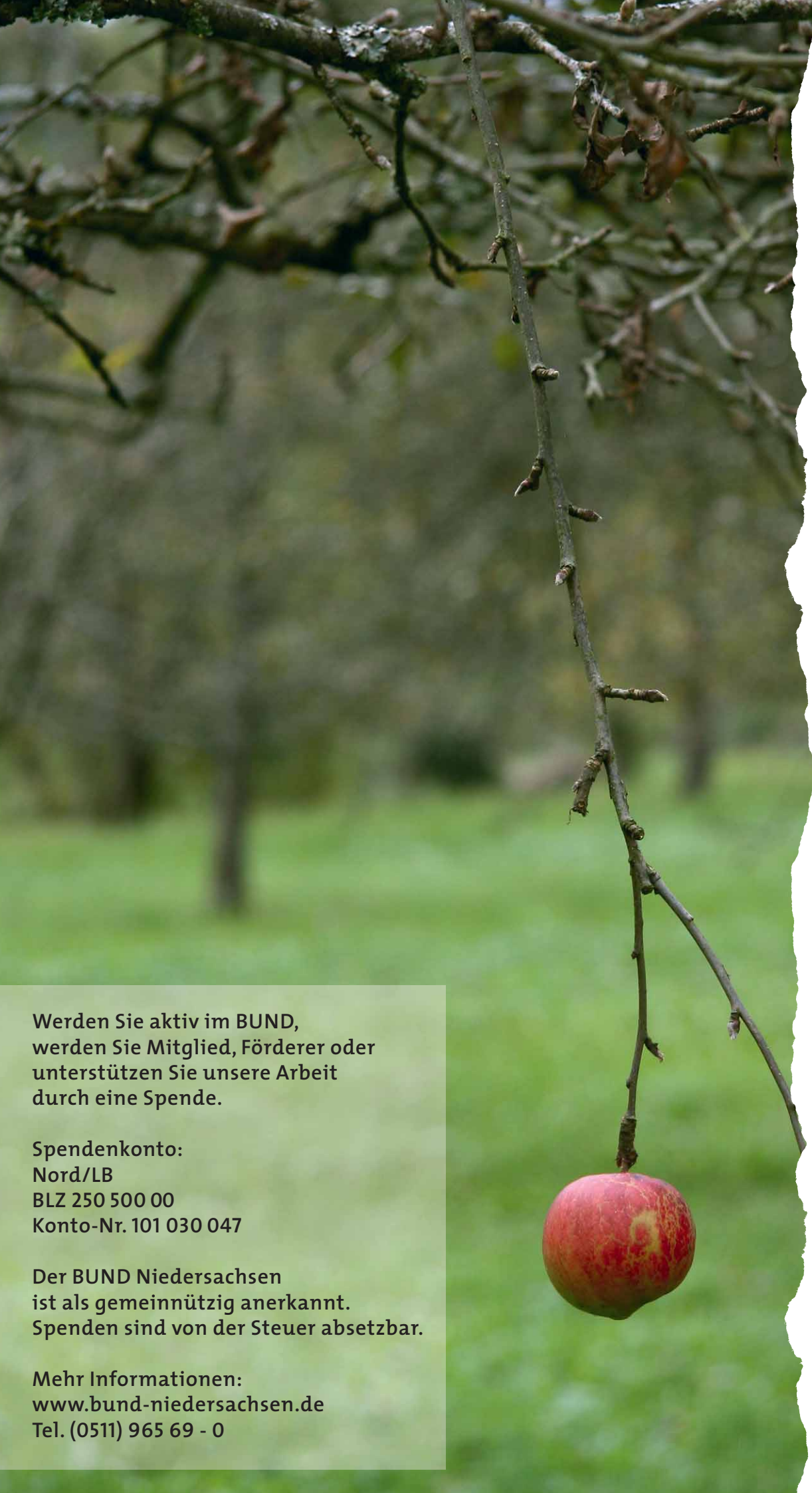
Artikel ohne Autor: Carla Juhre

Layout

Markus Leder
Carla Juhre

Druck

Forum Druck
Mai 2011

A photograph of a single red apple hanging from a thin, bare tree branch. The background is a soft-focus green field with other trees in the distance. The right side of the image has a torn-paper effect, revealing a solid light green background.

Werden Sie aktiv im BUND,
werden Sie Mitglied, Förderer oder
unterstützen Sie unsere Arbeit
durch eine Spende.

Spendenkonto:
Nord/LB
BLZ 250 500 00
Konto-Nr. 101 030 047

Der BUND Niedersachsen
ist als gemeinnützig anerkannt.
Spenden sind von der Steuer absetzbar.

Mehr Informationen:
www.bund-niedersachsen.de
Tel. (0511) 965 69 - 0